

SEDUTA DEL CONSIGLIO REGIONALE N. 12 DEL 18 MAGGIO 1999
SITZUNG DES REGIONALRATES Nr. 12 VOM 18. MAI 1999

ore 10.06

Vorsitz Vizepräsident Messner
Presidenza del Vicepresidente Messner

PRÄSIDENT: Einen schönen guten Morgen und ich ersuche Sie, Ihren Platz einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können. Ich ersuche jetzt den Kollegen Minniti um den Namensaufruf.

MINNITI: *(segretario): (fa l'appello nominale)*
(Sekretär): (ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist somit eröffnet. Folgende Abgeordnete habe sich für diese Sitzung entschuldigt: Thaler, Levegghi, der Präsident des Regionalrates, der an der Vereidigung des Staatspräsidenten in Rom teilnimmt, und der Kollege Berger Hans. Wir gehen jetzt weiter mit der Verlesung des Protokolls. Ich bitte die Kollegin Chiodi um die Verlesung.

CHIODI: *(segretaria): (legge il processo verbale)*
(Sekretärin): (verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine und somit gilt das Protokoll als genehmigt.

Ich verlese die Mitteilungen:

Es sind folgende Anfragen mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung eingebracht worden:

die Anfrage Nr. 28, von den Regionalratsabgeordneten Cominotti, Santini und Perego am 7. Mai 1998 eingebracht, betreffend den vom Regionalausschuß getätigten Ankauf von zwei Fahrzeugen des Typs AUDI A6 TDI QUATTRO (Beschuß Nr. 344/19. März 1999/Regionalausschuß);

die Anfrage Nr. 29, von den Regionalratsabgeordneten Cominotti, Santini und Perego am 7. Mai 1999 eingebracht, betreffend den vom Regionalausschuß getätigten Ankauf von 18 neuen Fahrrädern (Beschuß Nr. 346/19. März 1999/Regionalausschuß);

die Anfrage Nr. 30, von den Regionalratsabgeordneten Perego, Santini, Cominotti und Delladio am 11. Mai 1999 eingebracht, mit dem Titel: „Die Vergabe öffentlicher Arbeiten der Brennerautobahn AG: eine Zuteilung an der Grenze der

Ordnungsmäßigkeit und Legitimität mit der Ausgabe von Milliardenbeträgen für eine Streitigkeit. Wer überwacht dieses Vorgehen?";
die Anfrage Nr. 31, vom Regionalratsabgeordneten Holzmann am 12. Mai 1999 eingebracht, betreffend die Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters der Gemeinde Leifers eines Kandidaten, der mehrmals auf der Liste der Wechselproteste wegen Zahlungsschwierigkeiten für höhere Beträge aufschien und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, die geltenden Wahlbestimmungen zu ändern, damit solche Situationen vermieden werden.

Wir kommen jetzt zur Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes:

Punkt 1) der Tagesordnung: **Obliegenheiten, denen aufgrund der Annahme des Rücktritts des Abgeordneten Migliucci nachgekommen werden muß;**

Ich erinnere daran, daß der Regionalrat in der Sitzung vom 7. Mai 1999 den Rücktritt des Anw. Migliucci von seinem Amt als Regionalratsabgeordneter angenommen hat.

Der Erste der Nichtgewählten auf der Liste, der Abg. Migliucci angehörte, war nicht anwesend, so daß es heute notwendig ist, den sich aufgrund der Annahme des Rücktritts ergebenden Obliegenheiten nachzukommen.

Aus dem Protokoll des Hauptwahlamtes von Bozen vom 9. Dezember 1998 über die Wahl des Regionalrates, die am 22. November 1998 stattgefunden hat, scheint als erster Nichtgewählter auf der Liste Nr. 8 mit dem Listenzeichen Lista Civica A.A.-FI-CCD Herr Antonino Lo Sciuto auf.

Ich erkläre Herrn Antonino Lo Sciuto zum Regionalratsabgeordneten.
Ich bitte ihn, wenn er sich in der Nähe aufhält, in den Saal zu kommen.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Ich bitte jetzt die Abgeordneten sich von den Sitzen zu erheben.
Ich verlese die Eidesformel und bitte den Abg. Lo Sciuto mit den Worten „Lo giuro - ich schwöre“ zu antworten.

„Ich schwöre der Republik treu zu sein und mein Amt nur zum untrennbaren Wohl des Staates und der Region auszuüben - Giuro di essere fedele alla Repubblica e di esercitare il mio ufficio al solo scopo del bene inseparabile dello Stato e della Regione“.

LO SCIUTO: Ich schwöre - Lo giuro.

PRÄSIDENT: Ich heiße den neugewählten Regionalratsabgeordneten Antonino Lo Sciuto in unseren Reihen willkommen und wünschen ihm gute Arbeit.

(interruzione)

PRÄSIDENT: Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung weiter und wir kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 2): **Namhaftmachung von zwei Regionalratsabgeordneten - von denen einer der Minderheit angehören muß - für das regionale Beratungskomitee gemäß dem mit Artikel 4 des Regionalgesetzes vom 29. November 1996, Nr. 5 abgeänderten Artikel 4 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 betreffend „Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden“.**

Artikel 4 des entsprechenden Regionalgesetzes sieht die Ernennung eines Beratungskomitees vor, dessen Amtsdauer mit jener der Gesetzgebungsperiode zusammenfällt. Im genannten Komitee sind zwei Regionalratsabgeordnete vertreten, von denen einer der Minderheit angehören muß. Gibt es Vorschläge zu diesem Punkt?

Das Wort hat der Abgeordnete Denicolò.

DENICOLÒ: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

Die Region Trentino-Südtirol fördert über dieses Regionalgesetz sowohl direkte Initiativen für humanitäre Einsätze als auch indirekt durch Beiträge an entsprechende Organisationen sowohl in Südtirol als auch im Trentino. Es ist Usus, daß der Einsatz dieser Mittel auch in Zusammenarbeit mit den beiden Ländern abgesprochen wird, weil ja auch die beiden autonomen Provinzen für humanitäre Hilfen spezielle Programme realisieren und auch öffentliche Mittel einsetzen. Unter diesem Wunsch, daß auch die Region hier speziell ihre Leistungen gerade auch über die Bedeutung dieser Beratungskommission entsprechend einsetzt - und die letzten 5 Jahre habe ja gezeigt, daß eine gute Zusammenarbeit durchaus nicht nur möglich ist, sondern auch praktiziert worden ist -, darf ich im Namen der Mehrheit Franz Pahl als Mehrheitsvertreter in dieser Kommission vorschlagen.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen, weitere Vorschläge? Vorschläge für die Minderheit? Keine Vorschläge? Abgeordneter Taverna, er hat das Wort.

TAVERNA: Per la minoranza proponiamo il collega, cons. Giovanazzi.

PRÄSIDENT: Vorgeschlagen ist der Kollege Giovanazzi für die Minderheit. Sind weitere Wortmeldungen, weitere Vorschläge? Keine mehr, dann kommen wir zu den Abstimmungen. Es finden zwei Wahlgänge statt, eine Wahl für die Bestellung des Vertreters der Mehrheit und ein Wahlgang für die Namhaftmachung des Vertreters der politischen Minderheit. Wenn keine Wortmeldungen mehr sind, stimmen wir jetzt ab. Im ersten Wahlgang wird der Vertreter der politischen

Mehrheit gewählt, vorgeschlagen wurde Dr. Franz Pahl. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

Ich wiederhole: Es werden zwei Wahlgänge für die Vertreter in dieser Kommission abgehalten. Ein Wahlgang für einen Vertreter der politischen Mehrheit, ein Wahlgang für den Vertreter der politischen Minderheit. Wir wählen jetzt in diesem Wahlgang den Vertreter der politischen Mehrheit. Es kann nur ein Name auf dem Stimmzettel angeführt werden.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	59
Stimmen haben erhalten:	
Pahl:	34
Giovanazzi:	11
Dalmaso:	4
Chiodi:	1
Zendron:	1
weiße Stimmzettel:	8

Somit gilt Dr. Franz Pahl als Vertreter der Mehrheit als gewählt. Wir kommen nun zum zweiten Wahlgang und wählen den Vertreter der politischen Minderheit. Vorgeschlagen worden ist der Abgeordnete Giovanazzi für die politische Minderheit. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	59
Stimmen haben erhalten:	
Giovanazzi:	27
Perego:	1
weiße Stimmzettel:	31

Für die Minderheit gilt somit der Abgeordnete Giovanazzi als gewählt. Die zwei Vertreter für diese Kommission sind also Dr. Franz Pahl für die Mehrheit und der Abgeordnete Giovanazzi für die politische Minderheit.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Taverna. Zum Fortgang der Arbeiten?

TAVERNA: Signor Presidente, ritengo sia il caso di sottolineare l'anomalia con cui è avvenuta la nomina dei colleghi nella commissione di cui alla legge regionale, anomalia che è determinata dal fatto che si doveva procedere ad una sola elezione e non a due diverse. Lo dico perché in futuro queste cose non abbiano più a capitare, grazie.

PRÄSIDENT: Danke. Ich habe mich an die Praxis gehalten, wie es bisher gewesen ist und auch das letzte Mal waren zwei verschiedene Wahlgänge abgehalten worden und somit sind sie auch erfolgt. Aber wir werden das vertiefen, damit wir eine richtige Vorgangsweise haben. Wir gehen jetzt weiter mit der Tagesordnung und kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 3): **Namhaftmachung der Vertreter des Regionalrates in den paritätischen Kommissionen (12er und 6er Kommission) für die Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut.**

In der Sitzung vom 1. Juli 1994 hat der Regionalrat die Vertreter der Region in der paritätischen Kommission für die Durchführungsbestimmungen gemäß Artikel 107 des Autonomiestatuts neu bestellt.

Bestellt wurden Herr Dr. Proc. Giuseppe Detomas und Herr Abg. Siegfried Brugger.

In derselben Sitzung hat der Regionalrat den Beschlußantrag Nr. 8 der XI. Gesetzgebungsperiode genehmigt, mit dem der Präsident des Regionalrates verpflichtet wurde, die Dauer des Mandats der Mitglieder der paritätischen Kommission festzusetzen, wobei diese dem Zeitraum einer Gesetzgebungsperiode entsprechen sollte.

Im Namen des Regionalrates möchte ich Herrn Detomas und Herrn Brugger für die ausgeübte Tätigkeit einen herzlichen Dank aussprechen. Gleichzeitig ersuche ich die Regionalratsabgeordneten, Kandidatenvorschläge für die Namhaftmachung der zwei vom Regionalrat zu ernennenden Mitglieder zu machen.

Ich verlese noch ganz kurz den Artikel 107 des Autonomiestatuts.

„Art. 107. Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Statut werden mit gesetzesvertretenden Dekreten nach Einholen der Stellungnahme einer paritätischen Kommission erlassen. Sie besteht aus zwölf Mitgliedern, davon sechs als Vertreter des Staates, **zwei als Vertreter des Regionalrates**, zwei als Vertreter des Landtages des Trentino und zwei als Vertreter des Südtiroler Landtages. **Drei Mitglieder müssen der deutschen Sprachgruppe angehören.**

Innerhalb der Kommission gemäß vorhergehendem Absatz wird die Sonderkommission für die Durchführungsbestimmungen gebildet, die sich auf die der Zuständigkeit der Provinz Bozen zuerkannten Sachgebiete beziehen; sie besteht aus sechs Mitgliedern, davon drei in Vertretung des Staates und drei in

Vertretung des Landes. Eines der Mitglieder in Vertretung des Staates muß der deutschen Sprachgruppe, eines der Mitglieder in Vertretung des Landes muß der italienischen Sprachgruppe angehören“.

Zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Conci. Sie hat das Wort.

CONCI: Sull'ordine dei lavori. Avendo raggiunto un'intesa all'interno della conferenza dei Capigruppo, chiedo la possibilità a nome delle minoranze di avere un quarto d'ora di sospensione.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen zum Fortgang der Arbeiten? Keine, dann gebe ich dem Antrag statt und die Sitzung ist für 15 Minuten unterbrochen.

ore 10.50

ore 11.11

PRÄSIDENT: Wir fahren fort mit der Tagesordnung. Wir sind bei Punkt 3. Wir sind angelangt bei den Vorschlägen. Wortmeldungen? Der Abgeordnete Denicolò hat das Wort.

DENICOLÒ: Herr Präsident, im Namen der Regierungsmehrheit schlage ich Dr. Siegfried Brugger und den Parlamentsabgeordneten Dr. Detomas vor.

PRÄSIDENT: Danke. Der Abgeordnete Pöder hat das Wort.

PÖDER: Die Fraktion der Union für Südtirol schlägt den Autonomieexperten Alfons Benedikter vor.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Vorschläge? Weitere Wortmeldungen? Die Abgeordnete Zendron hat das Wort.

ZENDRON: Voglio comunicare, signor Presidente, che i Verdi non parteciperanno al voto, con la motivazione con cui non hanno mai partecipato alla elezione dei membri della commissione dei 6 e dei 12, in quanto la legge istitutiva prevedeva che questa commissione dovesse durare 3 anni dal 1972, quindi doveva già finire i suoi lavori nel '75, è stato ragionevole il prolungamento della attività fino alla chiusura del Pacchetto, da quel momento in poi noi riteniamo che sarebbe opportuno che le modifiche dello Statuto di autonomia e gli aggiustamenti che avvengono rispetto alle novità, avvenissero non in una commissione chiusa, non pubblica, ma attraverso gli organismi istituzionali

normali, che hanno anche le caratteristiche della partecipazione della rappresentanza democratica.

PRÄSIDENT: Danke. Gibt es weitere Vorschläge? Der Abgeordnete Taverna hat das Wort.

TAVERNA: Signor Presidente, non ho una proposta da fare, intervengo sul merito delle candidature.

PRÄSIDENT: Ja, natürlich. Wenn keine Vorschläge mehr sind, dann ist die Diskussion eröffnet. Jeder hat die Möglichkeit, für die Dauer von 10 Minuten das Wort zu ergreifen. Als erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Taverna. Bitte, Abgeordneter Taverna.

TAVERNA: Anche per comunicare, Presidente, lo faranno i colleghi della minoranza che hanno chiesto poc'anzi una sospensione e la ringraziamo per avercela concessa, per dichiarare, innanzitutto, che noi non faremo alcuna proposta, perché in questo modo e al momento del voto usciremo dall'aula proprio per dimostrare quanto, su questo argomento, e questo naturalmente è il pensiero di AN, noi dissentiamo profondamente rispetto ad un atteggiamento che la maggioranza ha voluto seguire fino ad ora e che con la proposta blindata di due dei suoi rappresentanti nella Commissione dei dodici dimostra, ancora una volta, come l'appello alla volontà di collaborazione e l'invito alla partecipazione siano caduti miseramente nel vuoto. Prendiamo atto di questa volontà politica, prendiamo atto che la Commissione dei dodici sarà composta per 11 dodicesimi da rappresentanti della maggioranza. Diciamo soltanto che uno dei dodici proprio per volontà del Consiglio provinciale di Trento sarà rappresentante della minoranza e in questo modo la Commissione dei dodici, così come verrà nominata con la quota parte di competenza del Governo, sarà una commissione che ha una totalizzante rappresentazione delle forze di maggioranza.

Quindi questo è uno dei motivi che ci spinge ad assumere questo atteggiamento di condanna verso un metodo che non lascia spazio alla possibilità di arrivare a quella minima rappresentanza all'interno di questa commissione, che noi giudichiamo essere il momento determinante per misurare nei fatti la volontà politica di una maggioranza che ha come caratteristica, a mio giudizio, la prevaricazione e quindi l'assoluta indisponibilità ad ogni forma di confronto e di collaborazione.

Altra considerazione che mi permetto di fare, approfittando dei minuti concessimi per questo intervento, è che all'atere della nomina sta la decisione assunta dal Presidente della Commissione affari costituzionali della Camera che ha ritenuto di dover liquidare, mediante l'audizione esaustiva ritiene lui, del Presidente della Giunta regionale e il Presidente del Consiglio regionale circa le

modifiche che la Commissione affari costituzionali andrà a redigere in relazione alla rappresentazione in aula della Camera e del Senato delle modifiche che si riferiscono allo Statuto di autonomia. Riteniamo anche questo un atteggiamento che è di totale chiusura perché ricordo qualche tempo fa, con la Presidenza della Commissione della Jervolino, i capigruppo del Consiglio regionale vennero chiamati per un'audizione presso il comitato distretto della Commissione affari costituzionali per modifiche che avevano per riferimento il problema della rappresentanza dei ladini in provincia di Trento, significative pure queste modifiche, ma sicuramente non più significative rispetto allo stralcio che questa maggioranza, attraverso i suoi rappresentanti parlamentari, vuole rappresentare e vuole determinare con le proposte che sono all'ordine del giorno.

Terza considerazione che noi vogliamo fare e la rivolgiamo al Presidente della Giunta regionale è una considerazione rispetto non tanto alle voci, quanto alle nomine che la Giunta si accinge a fare o ha già fatto, nomine che rappresentano ancora una volta un metodo che un tempo veniva chiamato della lottizzazione e che in questa nuova fase di rinnovamento non trovo altro termine se non quello di ripetere che siamo di fronte ad una ulteriore lottizzazione e il mercato, nei consigli di amministrazione, ancora una volta ci inducono a riflettere così come ci induce a riflettere l'aumento di stipendio e di indennità che tanto l'amministratore delegato quando il Presidente del fondo integrativo regionale si sono nei giorni scorsi determinati. Voi sapete che queste sono notizie risapute e sono a conoscenza di tutti anche perché la stampa ne ha dato ampio riferimento.

Quindi, esiste un problema di lottizzazione e di accaparramento di tutto quello che la maggioranza è nella condizione di poter esercitare. Esiste un problema di mancanza assoluta di volontà politica per quanto riguarda la disponibilità ad un confronto per quanto concerne affari importanti a cui, ovviamente, il legislatore regionale non può, in alcun modo, essere nemmeno accantonato. Esiste un problema di presenza totalizzante della maggioranza all'interno della Commissione dei dodici ed esiste un ultimo, ma non per questo minor elemento di contrasto che noi vogliamo realizzare anche attraverso questo intervento in relazione al fatto che la Commissione dei dodici e la Commissione dei sei sono organi amministrativi che di fatto e di diritto soppiantano, usurpano le funzioni del legislatore regionale. Quindi, di fronte a questa situazione che non posso che definire preoccupante e problematica il minimo che si possa fare, noi rappresentanti di una minoranza che comunque non ha nessuna intenzione di arrendersi, in questo momento, in questa fase della denuncia che sfocia con la volontà da parte nostra di non essere presenti al momento del voto e quindi rinunciando, fin da adesso ad alcun coinvolgimento che purtroppo da parte della maggioranza non c'è stato nemmeno il tentativo di poterlo realizzare.

Ci dispiace fare questo ma non abbiamo altra alternativa quindi siamo convinti della bontà e della giustezza di questa impostazione.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Leitner. Er hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Es ist demokratische Gepflogenheit, daß man Mehrheitsverhältnisse in einem demokratisch gewählten Rahmen anerkennt und deshalb wissen wir auch in welche Richtung es geht. Es gibt aber darüber hinaus die demokratische Gepflogenheit, daß man zumindest verlangen könnte, in so weitreichenden Entscheidungen im Vorfeld angehört zu werden, daß man Vorschläge einbringen könnte. Und man könnte vor allem verlangen, daß die Leute, die bisher in die 12er Kommission entsandt worden sind, einmal hier auch Bericht erstatten, denn wir als Minderheitsvertreter lesen ja alles nur aus der Zeitung. Wir sind bei keinem Gespräch dabei, wir sind bei keiner Erstellung der Tagesordnung mit dabei und wir können nie unsere Standpunkte darlegen. Ich sage noch einmal, die Gewichtung von Mehrheit und Minderheit, die nimmt der Wähler vor, das ist keine Frage. Für mich gehört es aber zur demokratischen Gepflogenheit, daß man bei solch wichtigen Dingen, wie es die 12er und 6er Kommission sind, auch die politische Minderheit von Fall zu Fall anhört. In der Provinz Bozen ist es ja so, daß auf Antrag, auch dort der politischen Minderheit, dies geschehen ist, wenn auch mehr im privaten Rahmen. Aber zumindest hat sich dort - muß ich sagen - der ehemalige Abgeordnete Bolognini herabgelassen, uns Bericht zu erstatten. Einen Vertreter der SVP habe ich auch in Südtirol nicht gehört, daß er einmal vor dem Landtag bzw. den einzelnen Fraktionen Bericht erstattet hätte. Das möchte ich mir für die Zukunft schon wünschen. Ich möchte hier nicht in die gleiche Opposition hineingeschmissen werden und das habe ich schon einmal gesagt, aber auch aus diesen Gründen werde ich an der Wahl nicht teilnehmen. Das ist nicht ehrlich, daß man hier nur Mehrheitsbeschaffer von Stimmen für die Beschlußfähigkeit sein soll, ohne auch nur auf die geringste Art und Weise mit einbezogen zu werden. Wir wissen alle welche Bestrebungen unternommen worden sind, daß man auch beim Maccanico z.B. eine Anhörung findet. Wenn man nicht einmal bereit ist, den Standpunkt der anderen anzuhören, dann muß ich sagen, fährt man ganz einfach mit der Dampfwalze drüber und diese Art von Politik kann ich nicht gutheißen, obwohl ich - und das habe ich anfangs gesagt - anerkenne wie die Mehrheitsverhältnisse sind. Das ist keine Frage. Nur wenn es um die Ausgestaltung der Autonomiezukunft geht, liegen die Dinge etwas anders und wir kennen vor allem auch in Südtirol die Diskussion, die entstanden ist nach der Besetzung der 137er Kommission, wo einige wahrscheinlich im nachhinein Bauchweh bekommen haben für das, was sie getan haben. Das ist eine Realität, an der man sich nicht vorbeiswindeln kann. Ich muß das klar und deutlich sagen, für die deutsche Volksgruppe war ein es Affront, daß ein Vertreter der 137er Kommission aus den Reihen von AN gewählt worden ist. Man kann nicht so tun als ob die Bevölkerung das nicht mitbekommen hätte. Das sage ich ganz klar und deutlich, es ist legitim, jeden zu wählen, aber das sind politische Willenserklärungen in bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der Autonomie, das

sind klare Signale, die gesetzt worden sind und dazu muß man auch stehen. Deshalb bei allen Besetzungen von solchen Kommissionen ist auch einmal zu klären, welchen Handelsspielraum die 137er Kommission haben wird. Es gibt Leute, die sagen, alle drei Kommissionen braucht es nicht. Diese grundsätzliche Diskussion ist nicht geführt worden und das Gespräch mit uns ist nie gesucht worden und ich sehe keinen Grund, weshalb ich an dieser Wahl teilnehmen sollte.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Perego.

PEREGO: Signor Presidente, signori consiglieri, poche parole per annunciare anche l'uscita dall'aula al momento della votazione da parte di consiglieri che si riconoscono nel gruppo di Forza Italia. Francamente speravamo che la designazione dei membri alla Commissione dei dodici potesse segnare un momento politico di confronto e di apertura tra maggioranza e opposizione.

Speravamo che questo potesse essere finalmente il momento in cui la maggioranza e soprattutto la Presidente Cogo dimostrassero nei fatti quanto hanno più volte dichiarato a parole, cioè la volontà di confrontarsi, la volontà di rendere tutti partecipi di un progetto che ci vedesse impegnati sulla regione e sull'evoluzione di questo istituto.

Un tassello importante era la nomina della Commissione dei dodici, le nomine che venivano fatte e che, ricordiamo a tutti che si tratta delle nomine del Consiglio non sono nomine di maggioranza, e questo Consiglio non è fatto solo dalla vostra maggioranza perché questo è il rischio che voi, cari colleghi, state percorrendo. Il rischio che, spinti da risultati sicuramente soddisfacenti dal punto di vista elettorale, voi cominciate a pensare che tutto vi è consentito, che tutto per voi è lecito e che forse per voi tutto è dovuto. Invece così non è. Quello che rischia di mancare a questa maggioranza è il rispetto dell'aula, il rispetto delle istituzioni, il rispetto delle minoranze.

All'inizio di questa legislatura la Presidente Cogo aveva detto che avrebbe coinvolto le minoranze, che il percorso di modifica dell'istituto regionale sarebbe stato un percorso discusso e quanto meno condiviso. Si erano fatte delle affermazioni puntualmente smentite dai fatti. Ogni volta che la Presidente Cogo dimostrava con le parole un minimo di apertura a chi non faceva parte di questa maggioranza, veniva automaticamente e brutalmente stoppata dai colleghi di maggioranza e costretta a fare retromarcia.

Penso di non rivelare un segreto, signor Presidente, nel momento in cui emerse il nome di un autorevole esponente del Polo della libertà e di Forza Italia per la nomina nella Commissione dei dodici, lei stessa mi disse: "Io non potrei non votare il vostro rappresentante, non potrei non votare Franco Frattini, avrei grosse difficoltà a non votare Franco Frattini.". Ebbene signor Presidente, lei oggi supera questo imbarazzo perché la costringono a non votare non solo Franco Frattini, ma la costringono a mantenere un impegno di maggioranza che prevede che le opposizioni e le minoranze siano totalmente escluse da quello che è un atto

del Consiglio e quindi ancora una volta la sua Presidenza viene sorpassata da chi in realtà detiene al suo posto le leve di comando di questa Giunta e di questa regione.

E' con estrema amarezza che dobbiamo constatare come a lei non si possa più fare riferimento signor Presidente, dobbiamo constatare come le sue parole siano nulla, in giurisprudenza si dice: "tanquam non esset" le sue parole non sono punto e basta. Perché qualunque impegno che lei prenda, qualunque tentativo che lei faccia viene puntualmente disatteso. Allora la prego solo di questo: piantiamola di fare appelli, finiamola di dire che tutto deve essere discusso con le minoranze. Avete assunto una strada che è la strada dei numeri, che è la strada della contrapposizione, che è la strada della negazione di ogni diritto di queste minoranze.

Noi oggi non facciamo altro, signor Presidente, signori colleghi della maggioranza, che prendere atto di questa strada che avete intrapreso e le dico quello che ho riferito prima, di fronte a un suo sorriso, ma capisco che davanti a queste cose lei non possa fare altro che sorridere, che la strada delle riforme con lei signor Presidente è interrotta. Non esiste possibilità di dialogo con chi viene smentito nei fatti, con chi non sa dare seguito alle parole, con chi non sa lanciare dei segnali precisi come lei non sta facendo o meglio come lei sta facendo.

Quindi signor Presidente, o meglio dovrei rivolgermi ai veri Presidenti della Giunta regionale, ai due Vice Presidenti che non sono al suo fianco, ma che evidentemente stanno facendo quello che è il loro compito di Presidenti della Giunta regionale.

Noi oggi usciamo dall'aula, non partecipiamo a questo voto che è puramente di maggioranza, continuerete così perché i numeri vi danno questa forza e ormai il sistema lo conosciamo, lo abbiamo sperimentato tante volte, da parte nostra non si tratta altro che di fare appello al popolo di questa regione per far capire come tutto oggi sia gestito e voluto soltanto da una maggioranza consiliare. Questo Consiglio non verrà rappresentato perché i due rappresentanti in Commissione dei dodici, come è già successo altre volte, rappresenteranno solo e soltanto la maggioranza, con buona pace di chi anche a Roma non intende ascoltare chi rappresenta il popolo di questa regione, auguri a tutti quanti. Auguri soprattutto a lei perché quattro anni senza le riforme ostaggio di questa maggioranza, saranno il peggior esperimento politico che a lei toccherà di fare.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Urzi. Bitte, Abgeordneter.

URZÍ: Grazie signor Presidente. Volevo ricordare a quest'aula un fatto accaduto in provincia di Bolzano, che è stato definito eccezionale, quando sicuramente non ha nulla di eccezionale in se, anzi dovrebbe essere considerato fatto assolutamente ordinario ossia la nomina all'interno di una commissione significativamente importante per questa autonomia, la commissione 137 di un

rappresentante delle minoranze indicato dalla minoranza, nominativo accettato anche dai rappresentanti di lingua italiana della maggioranza. E' un fatto che dovrebbe essere considerato assolutamente ordinario, purtroppo così non è stato nel passato e quindi oggi ci troviamo nella condizione di definire questo passaggio significativo ed importante sulla strada di un confronto politico aperto, un fatto eccezionale. E' stato sostanzialmente accolto un principio a Bolzano, e chiedo scusa se mi riferisco in questo caso a Bolzano, arriverò presto anche alle cose regionali, è stato accolto un principio per cui la complessità di una situazione quella altoatesina in particolare, qui dovremmo ragionare della condizione più ampia a livello regionale, la particolarità della situazione ha bisogno di una rappresentanza piena delle diversità che nell'ambito della società e così nell'ambito anche delle proprie rappresentanze politiche, la complessità che esiste e che non può essere negata. Una rappresentanza, per altro, nel rispetto anche di una condizione di fatto oggettiva, per cui esiste una maggioranza, questa maggioranza ha dalla sua parte i numeri, la forza dei numeri, per cui non si nega alla maggioranza un ruolo sicuramente significativo nelle decisioni che devono essere assunte anche nella nomina dei rappresentanti nell'ambito delle istituzioni, delle commissioni come quelle che riguardano lo sviluppo futuro di questa autonomia e quindi anche della commissione dei dodici.

La maggioranza però si trova di fronte alla necessità di accettare, così come è accaduto a Bolzano e rischia di non accadere invece in regione, e di accogliere un principio per lo meno dal punto di vista simbolico che è il principio per cui a tutti spetta quello che gli elettori hanno stabilito debba spettare.

Mi permetto di esprimere questa considerazione che è del tutto personale, credo che l'uscita dall'aula, doverosa, simbolica che vuole lanciare un segnale preciso all'indirizzo di questa maggioranza ma anche soprattutto verso la società, la comunità che sta fuori da quest'aula. L'uscita dall'aula potrebbe, credo, essere evitata ma in presenza di una chiara dichiarazione di apertura, di disponibilità da parte della maggioranza nei confronti di quella parte che non si riconosce nel programma di coalizione ma quella parte politica pur differenziata, pur articolata che in quest'aula rappresenta una fetta che non può essere non considerata della comunità regionale, intesa non nel senso in cui si intende nei programmi della Presidente Cogo, generalmente la comunità regionale sappiamo che cosa intendiamo.

Credo che però il tempo sia ormai scaduto probabilmente, anche se auspicherei il contrario o forse è tardi, forse siamo di fronte ad una occasione perduta per dare concreta attuazione a quello che dai banchi della maggioranza si è sostenuto nel momento in cui è stato presentato un programma, è stata presentata una linea politica, una linea d'azione ossia la linea che fa riferimento alla necessità di un confronto aperto che coinvolga tutte le parti di questo Consiglio, opposizioni comprese.

Una considerazione va sicuramente anche fatta in relazione al ruolo della Commissione dei dodici, un organo che di fatto, è già stato detto ma lo

ripetiamo, perché è doveroso ripetere ciò che abbiamo sostenuto e continuiamo a sostenere, un organo che sottrae al confronto politico aperto, che sottrae al Parlamento una competenza importante che è quella legislativa. Di fatto sottrae questo ruolo e ciò è un principio che dovrebbe essere coraggiosamente messo in discussione da parte della maggioranza, purtroppo non avviene ma la speranza è l'ultima a morire.

Riguardo la messa al bando delle opposizioni, esprimo un ragionamento estremamente sintetico ossia che l'emarginazione delle opposizioni produce ovviamente reazioni politiche, che questa parte politica, per altro AN ha dimostrato di calibrare con oculatezza senza mai andare sopra le righe dimostrando senso di responsabilità ed il desiderio, la voglia di riallacciare ciò che forse non è mai stato allacciato, ossia un confronto con l'altra parte. Insomma la porta rimane aperta, ma purtroppo ce la troviamo schiacciata sul naso.

Quindi le dichiarazioni del nostro capogruppo hanno annunciato la nostra uscita dall'aula, ciò avverrà in assenza di fatti concreti che dimostrano un nuovo atteggiamento, che per altro dovrebbe dimostrarsi coerente con ciò che è stato enunciato nell'ambito delle dichiarazioni programmatiche e l'appello che noi lanceremo, uscendo dall'aula, sarà soprattutto non rivolto a chi siede su questi banchi e dimostra di essere così lontano dai fatti e dalla terra che dovrebbe rappresentare, ma soprattutto rivolto a coloro che stanno fuori da quest'aula, fuori da questo palazzo e che hanno una considerazione, un'attenzione sicuramente più significativa del futuro dell'autonomia di quanto non ne abbiano i rappresentanti di questa maggioranza che si dimostra più debole, tanto ha bisogno ogni volta di riaffermare la sua forza, il suo potere con questi atti di forza.

Grazie signor Presidente.

PRÄSIDENT: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Conci. Bitte, Frau Abgeordnete.

CONCI: Presidente, egregi colleghi credo che rispetto a questa questione ciascuno di noi debba intervenire, parlo anche a nome del gruppo del Centro che qui rappresento, perché in quest'aula si è parlato più volte di questa questione e già tempo fa si era chiesto, da parte delle minoranze, la possibilità che si andasse al voto limitato proprio perché ci fosse la possibilità di esprimere da parte delle minoranze, non dico la certezza di una riuscita ma almeno la possibilità di esprimere con qualche probabilità di riuscita da parte delle minoranze un candidato scelto da loro per la sua professionalità, per la sua capacità di intervento in una commissione che riteniamo fra le più rilevanti che questo Consiglio esprime, ma ciò non è stato accettato da questa maggioranza e ne abbiamo avuto la conferma oggi nella riunione dei capigruppo che c'è stata all'inizio della mattinata.

Credo che proprio la nostra storia, la storia del Trentino-Alto Adige sia una storia in cui sia cresciuta a poco a poco la capacità di rispetto delle minoranze etnico linguistiche, ci sia stata e questa abbia dato origine ad una possibilità anche di convivenza serena e tranquilla e quindi anche di un aumento della qualità della vita nella nostra regione. Credo che ci sia stata la capacità di considerare le diversità come una risorsa. Da un po' di tempo a questa parte invece questo non è più ma noi ci auguravamo che almeno rispetto a tematiche così significative quali sono quelle che hanno a che fare proprio con la questione della nostra autonomia perché la Commissione dei dodici ha avuto questo compito importante da svolgere, quello di costruire un percorso che ha portato a questa solidità di struttura della nostra autonomia che è fra le più rilevanti, tra l'altro, rispetto alle altre regioni a statuto speciale. Questo è stato grazie certo alla capacità degli uomini e delle donne di questa regione, ma anche grazie alla capacità di incisività di questa commissione che nel passato ha affrontato una ad una tutte le tematiche che ci hanno portato a risolvere in modo pacifico ed attraverso una capacità di dialogo e di confronto tutti i problemi relativi all'autonomia del Trentino-Alto Adige.

Credo che su tematiche così importanti sia necessario davvero recuperare una capacità di confronto, di democrazia e di partecipazione che ha a che fare con tutti quelli che siedono in quest'aula non semplicemente con la maggioranza di quest'aula, perché sono tematiche proprio importanti che attengono alla vita della nostra comunità ma ci rendiamo conto che, da un po' di tempo a questa parte, invece si ritenga che queste questioni possano e debbano essere risolte solo da chi ha il governo all'interno di quest'aula. Ce ne siamo resi conto anche dopo il no di Maccanico alla richiesta di essere ascoltati come minoranze. La lettera che ho spedito a nome di tutte le minoranze portava ben 22 firme di consiglieri che si ritrovano all'interno di quest'aula. Ci è stato risposto che la commissione aveva troppo da lavorare e che comunque aveva sentito il Presidente del Consiglio e quello della Giunta regionale. Ma noi non ci sentiamo rappresentati da questi Presidenti se il risultato è questo, se il risultato è che si va avanti non raccogliendo le istanze di ciascuno su queste tematiche ma semplicemente raccogliendo ciò che la sola maggioranza decide che debba andare avanti.

Abbiamo discusso a lungo in quest'aula rispetto anche alle modifiche statutarie che noi riteniamo debbano esserci come richiede la maggioranza, ma riteniamo debbano essere riprese in mano attraverso un discorso di modifica complessiva dello statuto. Lo statuto è troppo importante da un punto di riferimento così significativo per il percorso futuro della nostra regione che credo non possa essere sottoposto a modifiche fatte a stralcio e portate avanti solo da alcune persone e non dalla profonda convinzione di tutto.

Rispetto a tutte queste questioni, rispetto ad una situazione di chiusura, di prevaricazione che la forza dei numeri dà, mi rendo conto, ma laddove invece dovrebbe prevalere la garanzia di una capacità di democrazia di partecipazione

rispetto invece a questa mancanza che più di una volta si è verificata in quest'aula, di capacità di dialogo e di confronto, credo sia impossibile chiedere che le minoranze abbiano capacità di dialogo e di confronto con la maggioranza e quando a questa fa comodo le minoranze concordino con la maggioranza determinate decisioni. Credo che un percorso di questo tipo, e mi auguro che ciò non avvenga ma che riesca a prevalere la forza delle idee, la forza e la capacità di dialogo comunque, ma di fronte ad una prevaricazione così come in quest'aula da un po' di tempo a questa parte avviene, di fronte a questa incapacità di dialogo e di confronto della maggioranza, le minoranze non possano che opporsi ad una situazione di questo tipo e quindi nonostante questa non sia stata fin dall'inizio la nostra volontà, la nostra uscita dall'aula dice di questo richiamo a far prevalere in quest'aula le ragioni della democrazia.

Mi auguro che sia possibile questo nel futuro prossimo non nel futuro lontano, perché credo che questa possa essere una ricchezza per tutti, ritrovare quindi le ragioni del nostro essere qui per costruire insieme il futuro di questa regione.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Boso.

BOSO: Presidente, colleghi, noi della Lega Nord sapevamo già, perché siamo abituati a vedere queste operazioni che vengono gestite a monte di quello che è il Consiglio, di quella che è l'entità parlamentare, la stessa cosa viene gestita e giocata in quello di Roma e i riflessi naturali si trovano in regione. Forse qualche collega si è dimenticato che D'Alema e il centrosinistra a Roma deve dire grazie a Brugger che la finanziaria del 1997 è passata con i voti dei suoi tre deputati all'interno del Parlamento. Allora oggi il centrosinistra di fatto deve ripagare questo passaggio, deve passare questo atto di dogana, sdoganamento di un pensiero che si è già deciso a monte di questo Consiglio regionale cioè quei colleghi che non vogliono mettere le dita nella piaga di chi vuole distruggere la regione è perché facilmente vogliono essere ciechi politicamente.

Ho sentito tante, troppe volte il discorso che si deve fare l'atto di collaborazione, però abbiamo visto l'ultimo passaggio sulla votazione della Presidenza della Repubblica che sicuramente è stato un atto concordato a monte perché tutti quanti dicono: "Guarda caso come è stato bravo Berlusconi, come è stato bravo Fini, hanno sostenuto Ciampi.", gli altri dicono: "Come è stato bravo D'Alema, che con la sua intelligenza politica è riuscito a far passare l'uomo che tutti volevano.". L'uomo che tutti volevano a mio avviso è l'uomo che economicamente a questo Stato ha creato i più grossi danni, allora quando da una parte non si vuole ricordare o di fatto si vuole mettere nel dimenticatoio ciò che è il passato, e questo passato vuole dimenticare quella che è la verità politica di questo Stato.

A mio avviso chi ha i numeri, come si è sempre detto, sia da parte della destra e sia da parte della sinistra, comanda non governa e qua stiamo

subendo, in questo momento, un atto di comando, un atto di impero. E l'imperio quando esce dalle parti politiche si prende atto si assorbe. Allora la Lega Nord per l'indipendenza della Padania con i suoi uomini prenderà atto, uscirà dall'aula assieme agli altri, ma non perché tutto questo dovrebbe garantire la sicurezza e la garanzia della regione, perché il Presidente della regione si sta dimenticando che è già stato preso atto nella primavera del 1998 che la regione doveva essere distrutta. Allora quando questo i colleghi se lo vogliono dimenticare è perché facilmente non hanno memoria o non vogliono ricordare, perché si è sempre detto: "Non c'è più sordo di chi non vuol sentire."

Allora questa regione deve essere gestita in questa maniera, deve avere queste rappresentanze. Sicuramente la commissione dei dodici dovrebbe essere una garanzia della totalità delle persone residenti sul territorio, ma se giustamente la maggioranza, assieme al Presidente della prima commissione Affari costituzionali interni della Camera dei Deputati ha deciso assieme allo SVP, assieme alla Margherita, assieme alla sinistra che questa regione deve essere sciolta, deve essere annullata anche per dei portavoce tipo Boato e altre persone, che a Roma rappresentano questa regione.

Sicuramente oggi si prende atto che il requiem della regione Trentino-Alto Adige è stato deciso da più persone e da più forze politiche. Stare qui a fasciarsi la testa o parlare di grandi parole o sentire i discorsi di falsa democrazia fanno un po' sorridere, quel sorriso amaro che le persone che fanno politica non hanno il coraggio di dire.

Dellai, sindaco di Trento assieme al Presidentissimo Durnwalder, assieme ad altri personaggi hanno deciso che questa regione deve essere sciolta, certo che la nostra Presidente Cogo dovrebbe saperlo che 'ambasciator non porta pena', sta girando, falsando le carte, barando sul gioco della briscola scoperta, facendo vedere come illusionista che esistono delle figure politiche, delle realtà politiche all'interno di questa regione che invece non ci sono.

Allora se la Commissione dei 12 incomincia a costruire un qualcosa che non è vero, siamo onesti Presidente Cogo non so la maggioranza dello SVP cosa ha deciso di mandare a Roma, ma se la Presidente Cogo presiede questa Giunta regionale è perché il Presidentissimo Durnwalder, assieme all'amico Atz le ha detto: "Tu vai là, riscaldi quella sedia, perché la politica vera la facciamo noi, noi che a Roma abbiamo salvato il bilancio del '97/98 con i nostri tre uomini all'interno della Camera dei Deputati, voi sinistri del Trentino e dell'Alto Adige, voi Governo della regione dovete obbedire a chi decide realmente. Allora di fronte a questo noi diciamo: caro Durnwalder, caro Atz, cari amici del commercio politico sottobanco, del cosiddetto mercato ittico, perché nel mercato ittico girano tanti soggetti, allora l'ultimo pesce d'aprile è quello che si sta consumando all'interno di questo Consiglio regionale e che a monte è già stato deciso, allora perché dobbiamo prenderci a cuore che questo non è stato rispettato, che l'altro non è stato rispettato, quando si è deciso a Roma! Berlusconi è andato da D'Alema e gli ha detto: "Caro D'Alema, io ti metto in corsa il tuo Ministro del

Tesoro, perché qualora tu non lo accetti rinneghi che il tuo uomo abbia delle capacità” e D’Alema ha preso soltanto la palla al balzo e ha risposto: “Va bene sosteniamo quest’uomo alla faccia della democrazia”.

Perfetto, la stessa cosa sta succedendo in quest’aula, la Cogo come Presidente della regione, come rappresentante della sinistra, è andata dal cons. Durnwalder e gli ha detto: “Guarda, noi avremmo queste idee”, perfetto, sono gli uomini che facevano piacere a noi, facilmente qualcuno della SVP passò il bigliettino sottobanco, la Cogo rilanciò e Durnwalder, assieme alla sua forza politica che decide all’interno del Consiglio regionale ha risposto: “Ci stanno bene”.

Guardate che è la stessa operazione che ha portato Ciampi al Colle, la stessa situazione che sta succedendo anche in quest’aula. Che poi gli amici giornalisti dicano che all’interno di quest’aula si fanno dei grossi progetti partitico-politico-sociali-economici, sono soltanto perché gli amici degli amici scrivono secondo la tessera politica che hanno in tasca e secondo una propria convinzione personale.

Presidente del Consiglio, Presidente della regione, noi della Lega Nord per l’Indipendenza della Padania, visto che i giochi li avete già fatti, usciremo a consumare un buon caffè e ritorneremo in aula a giochi fatti. Grazie.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Seppi.

SEPPI: Ricordo, come ricorderete voi, quando il Governo Berlusconi andò al governo e nacquero immediatamente, da parte della sinistra, delle prese di posizione strane per le quali venne accusato quel Governo di accaparrarsi tutto il potere disponibile. Ora, lontano da me comunque anni luce anche la presa di posizione favorevole fino in fondo a quel tipo di governo, ricordo che l’onestà intellettuale impose a Berlusconi, di affermare: “chi vince prende tutto”. Ecco la differenza fra quello che fu il brevissimo periodo storico del Governo Berlusconi e quello che è l’ormai troppo periodo del Governo di sinistra è quello di avere, perlomeno da parte del centro-destra, l’onestà intellettuale di affermare quello che si intende fare e poi non si riesce a fare, perché mi risulta che i posti di sottogoverno, di maresciallato tanto per capirci, non furono mai in grado di coprirli quelli del centro-destra, mentre invece la sinistra che vuole apparire o meglio i catto-comunisti che vogliono apparire come coloro che fanno della democrazia il loro vanto, la loro caratteristica migliore, e continuano a dichiarare questo, che continuano a perseverare in questo modo di presentarsi agli altri, hanno invece il comportamento esatto contrario, l’accaparrarsi tutto continuando a riempirsi la bocca di democrazia di pluralismo, di possibilità di discussione, di possibilità di fare, di possibilità di portare avanti discorsi e documenti comuni.

Allora purtroppo le cose stanno in termini che nel caso specifico e per quello che mi riguarda più chiaramente l’Alto Adige, sono gravissime, perché il regime dittatoriale che si è di fatto instaurato in Alto Adige, perché quando un

partito politico che non rappresenta nemmeno un'area di pensiero, ma rappresenta un'etnia, ha la maggioranza schiacciante delle presenze in Consiglio provinciale e quindi in un governo locale, voi lo potete chiamare come volete, voi lo potete ammantare di presunto pluralismo, di presunta democrazia, ma di fatto è un regime assolutistico, perché 21 consiglieri provinciali su 35 non sono gli stessi numeri del Partito Nazionale Fascista del 1925, ma sicuramente hanno la stessa possibilità di incidere e la stessa possibilità di dominare incontrastati.

Sul giornale di oggi l'ultima invenzione per avere ancora più potere: "Il timone della Sel in mano allo SVP, nel consiglio di amministrazione della Sel, ci sono per quanto riguarda il gruppo etnico tedesco 4 itolari, Leimer, Ferrari, Stöcker e Unterberger, chiaramente i due italiani sono appartenenti a quella classe politica sempre supina, sempre accondiscendente per non dire di peggio e quindi conseguentemente possiede anagraficamente un cognome di madrelingua italiana, ma di fatto è appartenente politicamente al mondo etnico tedesco, perché allo stesso è assuditata in maniera invereconda.

La storia ci insegna che è proprio verso questa parte politica che vanno i nostri strali, perché giustamente lo SVP che rappresenta il gruppo etnico tedesco non rappresenta un'idea politica ma un'etnia, fa il suo gioco, e fa bene a farlo, lo farei anch'io al posto loro. Ma è proprio la sudditanza dei partiti italiani che sono da loro intimamente considerati quello che meritano, non ve lo diranno mai, ma nel loro intimo sanno benissimo quello che pensano di voi e sanno benissimo contemporaneamente che la stima e la considerazione va portata magari a qualcuno che sta facendo discorsi che sto facendo io.

Quindi ritengo, che è proprio su queste basi che si debba riformare la mentalità di questa classe politica italiana, succube al gruppo etnico tedesco. E in quest'ottica non è più credibile portare avanti da parte vostra, maggioranza italiana che appoggiate l'SVP, la politica che state portando avanti, perché la responsabilità che vi assumete è gravissima, da un punto di vista etico, morale e politico, è gravissima perché gli attentati alle istituzioni, le continue prese di potere economico e politico in Alto Adige, perché la voglia di arraffare tutto quanto è possibile è continua, è invereconda, e ha il vostro avvallo totale.

In quest'ottica non solo mi associo a quello che è stato il discorso delle opposizioni, ma abbandonerò quest'aula, mi dispiace di non poterlo fare in modo più rumoroso, in modo più deflagrante di quello che faranno i miei colleghi, mi dispiace perché un segnale deve arrivare, ogni giorno, a far capire qual è la situazione dell'Alto Adige, a livello nazionale, e lo faremo denunciando non tanto coloro che fanno giustamente il loro gioco, ma coloro che supinamente lo appoggiano, lo accettano, coloro che per un piatto di lenticchie hanno svenduto, continuano a svendere l'italianità dell'Alto Adige e la giusta e reale convivenza, che non può accettare prevaricazioni e gabbie etniche. Questo è il concetto che porteremo avanti fino in fondo e anche in questa occasione lo denunciemo e con rabbia atroce lo porteremo avanti e lo continueremo a sottoporre a tutti coloro che hanno un minimo senso di democrazia, a tutti coloro che hanno a cuore il

pluralismo, i sentimenti di tutti gli italiani dell'Alto Adige. A me dispiace in quest'occasione di non poter salutare come avrei voluto, visto che ho la parola, se mi è consentito, il nuovo consigliere regionale, oggi fra noi, il collega Lo Sciuto, mi dispiace che non sia presente, francamente non è colpa mia, non gli ho detto io di allontanarsi, perché avrei voluto portare il ringraziamento di tutti gli italiani dell'Alto Adige, per la scelta da lui fatta quando questore di Bolzano consentì agli Schützen di violare l'italianità dell'Alto Adige, di offendere impunemente quelle che sono le più intime sensibilità di tutti gli italiani consentendo agli Schützen di andare al monumento alla Vittoria, fu una cosa indegna, esecrabile, colpa anche di chi acconsentì a quella manifestazione che per motivi di ordine pubblico poteva negare, lo fece, oggi si presenta lui come difensore della causa degli italiani, io dico che questa è una vergogna.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Minniti.

MINNITI: Questa legislatura era iniziata sotto non dico buoni auspici per quanto riguarda programmi o progetti politici, ma sicuramente non cattivi auspici per quanto riguardava almeno i rapporti istituzionali che si sarebbero dovuti verificare in questi cinque anni. Rapporti istituzionali fra maggioranza ed opposizione che avrebbero dovuto dimostrare un netto cambio di rotta da quelli che erano stati i trascorsi politici anche registrati in quest'aula, dove vi era sempre più nettamente una netta separazione fra il ruolo della maggioranza ed il ruolo delle opposizioni.

Purtroppo a pochi mesi dall'avvio ufficiale di questa legislatura, abbiamo iniziato con il piede sbagliato questo nuovo rapporto istituzionale, lo abbiamo fatto non certo per colpa delle opposizioni, io credo che anzi molte di esse, parlo per quanto mi riguarda per Alleanza Nazionale, hanno con toni estremamente pacati riflettuto e espresso la propria opinione nei confronti di un programma regionale che certamente, abbiamo detto, ci preoccupa, per non dire che non ci piace, ma comunque con molto senso di responsabilità. Penso che la Presidente Cogo non possa imputare a molte delle opposizioni una volontà di accendere uno scontro, che appunto le opposizioni non cercano, proprio per quell'indirizzo diverso che lei Presidente si era sforzata e mi auguro si sforzi ancora, di voler seguire confronto alla politica del passato.

Ma è certo che questo indirizzo diverso comporta anche delle scelte differenti confronto al passato, allora quando noi ci ritroviamo a discutere di un argomento importante, sono convinto che lei comprenda l'importanza di questo argomento come sicuramente lo comprende lo SVP e come comunque lo comprendono tutte le forze politiche, lei sa benissimo che l'argomento che andiamo a trattare ha un suo ruolo importantissimo, in particolar modo per la comunità italiana dell'Alto Adige, perché attraverso la presenza in una commissione quale quella dei dodici e dei sei, allora questa presenza comporta anche una funzione di controllo.

Quello purtroppo che sta avvenendo in quest'aula e che mi rammarica politicamente e rammarica sicuramente tutto il gruppo di AN, base questa a causa della quale abbiamo ritenuto di abbandonare l'aula al momento del voto, base affinché ci sia un rapporto sincero e leale è anche quello di concedere e di riconoscere, perché non di concessione si tratti intendiamo, alle opposizioni una funzione di controllo.

Guardate che un rappresentante nella Commissione dei 12 non significa bloccare quelle che possono essere considerate le nuove norme di attuazione o comunque bloccare quello che può essere considerato la riforma delle provincie o della regione, perché non potrà mai un unico rappresentante delle opposizioni ribaltare questo stato di cose, ma sicuramente almeno una funzione di controllo poteva essere garantita e può essere garantita alle opposizioni, all'interno di un organismo così importante. Purtroppo a me sembra che non si sia voluto, da parte dello SVP certamente, ma anche da parte del centrosinistra trentino e altoatesino, perché vi sono cespugli altoatesini in questa Giunta regionale ben evidenti, e che nella materia mi sembra si siano comportati un po' troppo pilatescamente, ma ritengo che nel momento stesso in cui voi non volete riconoscere questa funzione di controllo confronto al passato non fate nessun passo avanti, nei rapporti istituzionali tra maggioranza ed opposizione, nella condizione attuale il non fare passi avanti corrisponde ad una politica del gambero, ossia del passo indietro, perché nonostante le premesse e le promesse circa una maggiore partecipazione delle opposizioni a determinate strutture e momenti politici di questa regione, come appunto la riforma, voi vi tirate indietro e di fatto impedito anche questa piccola funzione di controllo.

Da forze delle cosiddette sinistre che chiamano sempre alla responsabilità, alla trasparenza, al rapporto leale, reciproco, questo certamente è uno schiaffo alla democrazia che le sinistre di fatto riconoscono possa essere attuato solo ed esclusivamente per compiacere allo SVP.

Penso che la maggioranza non può sempre decidere quali siano i posti da assegnare alle opposizioni nel rispetto di un vero o presunto rapporto istituzionale innovativo, non credo perché non sarebbe questo un rapporto leale. Credo che una eventuale ripartizione corretta di posti che ti permettono il controllo di determinate operazioni debba arrivare da un dare ed un avere posto su basi di correttezza politica, questo non è avvenuto ed è per questo allora che si inizia con il piede sbagliato.

La riforma della regione è sicuramente un passo importante, sono convinto che lei Presidente miri con tutta la sua volontà politica a mantenere un rapporto cordiale, sincero, leale con le opposizioni, però non si può pretendere che le opposizioni mantengano ed accettino un rapporto in questo senso che sia solo a senso unico, ossia che comunque la maggioranza decide e le minoranze non hanno nessun tipo di voce in capitolo.

Ecco allora, concludo, perché al termine del mio intervento del suo insediamento sostenevo che lei, cara Presidente, ha la possibilità di passare alla

storia come la prima donna che ha ricoperto questo incarico, però sta marciando in una direzione in base alla quale lei rischia di farsi ricordare come la donna che ha affossato la regione e come la donna, ma è un attacco alla Presidenza della regione, che nonostante le premesse di confronto si ritrova comunque ingabbiata in una maggioranza che la sta schiacciando e dalla quale uscirne poi per lei diventa quantomeno più difficile.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Willeit. Er hat das Wort.

WILLEIT: Da gentiluomo il Presidente Messner ringrazia le commissioni o la commissione senza esaminarne più a fondo l'operato e purtroppo io condivido pienamente ciò che ha detto il collega Leitner: questa commissione, questi membri delle commissioni paritetiche hanno l'obbligo di rendicontare in quest'aula, quelli eletti dal Consiglio regionale hanno l'obbligo di rendicontare qui e poi caso mai si ringrazia o non si ringrazia.

Ricordo che cinque anni fa, fui proprio io ad andare da gruppo a gruppo, da consigliere a consigliere a mendicare, diciamo così, voti per il candidato ladino proposto dal sottoscritto soltanto, riuscimmo allora senza esplicito appoggio del partito più forte, lo SVP, il quale oggi propone direttamente lo stesso candidato ladino. Dovrei dunque rallegrarmene e me ne rallegro, della presenza di un ladino in queste commissioni, ma nel contempo devo esprimere le mie riserve dopo cinque anni di esperienza. Riserve non in ordine al candidato ladino soltanto, ma in ordine alle commissioni, dei 12 e dei 6 ed in ordine a tutte le commissioni, a tutte le sedi che a Roma e anche localmente hanno seguito il processo di evoluzione dell'autonomia, l'ulteriore attuazione dell'autonomia, dinamica o come la si chiama in termini correnti.

Anch'io ricuso assolutamente la logica della nomina di commissioni paritetiche di questo tipo in chiave di maggioranza politica; è veramente quasi uno scandalo che si proceda in questo senso al giorno d'oggi, allorquando le commissioni sono state istituite secondo criteri assolutamente istituzionali, senza criterio politico. Signori colleghi leggetevi ancora un po' più da vicino l'art. 107 dello statuto e vedrete che i rappresentanti sono quelli delle istituzioni dello Stato, della regione e delle provincie, i rappresentanti sono quelli dei gruppi linguistici, dunque una commissione istituzionale con compiti istituzionali, indipendentemente dalle maggioranze e dalle opposizioni. E' un cosa logica, più che logica, parlando dell'ordinamento costitutivo, della costituzione della regione o della provincia, che riguarda veramente tutti quanti, che non può non riguardare tutti quanti, che non può essere, se non condivisa, se non attuata da tutti quanti. Quale associazione, quale unione si forma con una maggioranza? Nessuna al mondo, ogni associazione va fatta con l'unanimità addirittura. Sì, la costituzione dell'unione calcio, dell'unione dei cantanti non si fa con l'80-90% dei soci, si fa con tutti i soci

costitutivi, con il 100% ed è la stessa regola che riguarda gli statuti, la stessa natura ha lo statuto della regione.

Dunque errata questa logica della maggioranza politica soltanto, essa doveva cercare il consenso della minoranza, doveva cercare il consenso dell'opposizione, doveva proporre un membro alla minoranza, non solo lasciarglielo, ma proporglielo, se aveva interesse di creare un minimo di partecipazione.

Non mi esprimo sull'operato, con il quale ho iniziato e del quale dovremmo parlare. Nessun dubbio che queste commissioni hanno lavorato, non poco anche per i ladini; tre volte è stata approvata la stessa norma di attuazione per i ladini del Trentino, mi augurerei che fosse preparata un po' meglio la prima volta, però non è ammissibile che in questa commissione si vada ad approvare una norma di attuazione di tipo sull'obbligo del trilinguismo o bilinguismo, sulla lingua ufficiale, che poi nell'attuazione non viene applicata, che poi in provincia o in regione non viene applicata.

Vi faccio l'esempio di come si lavora e come si attua il lavoro stesso delle commissioni: si è approvato, sull'obbligo dei servizi pubblici, di adoperare anche la lingua ladina nelle valli ladine, però astutamente è stata aggiunta l'espressione: "da parte delle ditte che hanno sede esclusiva nelle valli", ben sapendo che non esiste servizio pubblico con sede esclusiva là. Dunque oggi gli unici servizi pubblici che sono interessanti per l'uso della lingua non vi sono tenuti. Così non si può procedere.

Altre normative dovrebbero essere esaminate veramente sotto più aspetti e criticamente, ma non ho il tempo di farlo, ciò che però debbo dire, un'altra riserva, è che la nomina del ladino avviene nella logica, ed è questo che non può piacermi, della separazione delle rappresentanze, non dell'unione della rappresentanza ladina, nella separazione fra Trento e Bolzano, ben sapendo che il ladino di Trento non entrerà nella commissione dei 6 che è estremamente importante per noi e che era addirittura nel programma della SVP, però non ne vedo oggi traccia. Chiaramente l'on. Detomas non entra in questa commissione, dove credo che sia assolutamente indispensabile la rappresentanza di un ladino.

Concludo, ribadendo ancora una volta che in questa fase di inizio della revisione statutaria, di approvazione di leggi costituzionali particolari sulle minoranze, occorre che le minoranze, che i gruppi linguistici siano rappresentati in queste commissioni in modo indipendente ed unitario. E' ciò che dubito che succeda con queste nomine.

Per quanto riguarda l'on. Detomas, sono contento che venga eletto, ma mi auguro che rappresenti proprio in primo luogo, non la maggioranza politica alla quale appartiene o apparterrà, ma la minoranza linguistica ladina.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Divina. Er hat das Wort.

DIVINA: Avrei piacere, in questo mio appello, parlare alla presenza anche del Presidente della Giunta regionale, in quanto è espressione di una forza politica che il discorso che mi appresto a fare lo ha ripetuto più o meno per 50 anni. E' strano che nel momento in cui gli ex comunisti si trovano a governare istituzioni nelle quali del resto hanno sempre fatto feroce opposizione, si comportino esattamente alla stessa maniera di chi li ha preceduti, se non addirittura in modo ancora più lottizzatorio e non rispettoso di un confronto, di una dialettica, di un contesto democratico, politico.

La commissione dei quali membri noi andiamo a designare si chiama commissione paritetica. E' paritetica per il semplice fatto che non ha voluto sopraffazione né l'istituzione autonomista, né lo Stato, ma ogni ente ha deciso di nominare in numero pari i propri rappresentanti all'interno di questa commissione. E' più che paritetica, perché nel contesto dell'autonomia locale i tre enti che la compongono hanno deciso altrettanto pariteticamente di disporre due per la regione, due per la provincia di Trento e due per la provincia di Bolzano. Se guardiamo l'impianto e vogliamo anche vedere cosa c'è scritto tra le righe, sottende un grande rispetto dei vari ruoli, una grande azione democratica nel portare istanze che potrebbero subire influenze, pressioni, giuste rivendicazioni di ogni rappresentanza istituzionale.

Perché tutto questo? Perché viviamo in un contesto dove si deve sempre tener presente la garanzia nonché la rappresentanza delle minoranze. Ma di quali minoranze stiamo parlando? Non c'è dubbio che le minoranze a cui fa riferimento lo Statuto sono minoranze linguistiche, a questo punto noi dobbiamo garantire che queste minoranze avessero dei rappresentanti ed è chiaro che il rappresentante della minoranza linguistica si caratterizza per essere un rappresentante dell'etnia. Ma qua dentro ci sono altre minoranze rappresentate, che sono minoranze politiche, noi delle minoranze politiche non stiamo rappresentando un'etnia, né qualcosa di più, né qualcosa di meno, ma qualcosa che sta sicuramente sullo stesso piano ed è una rappresentanza di corrente di pensiero, ha diritto una grossa componente trentina di avere un suo rappresentante in quanto corrente di pensiero, modo di concepire l'autonomia, le istituzioni, tramite i propri rappresentanti, che tra il resto hanno avuto investitura, legittimazione popolare. Perché a questa minoranza non è concesso una legittima rappresentanza?

A me vien da pensare una cosa, perché se guardiamo il panorama è rappresentato da 6 membri nominati dal Governo che rappresentano tutti un'area politica, rappresentano tutti l'area di Governo, che non è altro che la fotocopia della maggioranza politica che dirige questo ente. Bolzano ha già nominato due rappresentanti che appartengono alla stessa area politica, Trento è stata come provincia molto più accorta nel fare i propri regolamenti d'aula e nello stabilire che il voto sarebbe stato in ogni caso disgiunto, per avere quantomeno nel contesto democratico, la rappresentanza della minoranza politica. In regione questa attenzione non è nata, per cui ci troviamo di fronte ad un atto di coscienza,

vogliamo o no essere quel tanto democratici da rappresentare anche le minoranze politiche! Perché non c'è problema di stabilità o governabilità, perché quando si hanno 10/12 di una commissione, credo che può rispondere alle logiche, come deve rispondere alle logiche governative, ma quali paure sottende a questo punto lasciare un membro alle opposizioni, alla minoranza politica?

E' pura lottizzazione, perché la commissione dei 12 con una maggioranza di 10/12 può sicuramente funzionare senza nessun tipo di intoppo o nessuna preoccupazione. Perché questa corrente di pensiero che sta governando questa regione, nonché questa provincia, è disposta ad accettare tutte le diversità, basta che siano diversità di pelle, di lingua e di colore, ma non accetta le diversità di modo di pensare, perché quello che si sta facendo è il tentativo dell'annientamento delle opposizioni. Si accetta tutto, tutti i diversi tranne chi la pensa in modo diverso, questo è un grande oltraggio alla democrazia, mi rivolgo alla Presidente Cogo che è arrivata in questo momento in aula, ricordatevi una cosa, dopo 50 anni di opposizione, se il PCI o il PDS avesse avuto questo trattamento dai governi democristiani o pentapartiti che si sono susseguiti, se avesse avuto la prevaricazione che voi state usando verso le minoranze politiche, voi oggi non esistereste nemmeno, concedete almeno, ed è un appello ad un Presidente innovativo di quest'aula il trattamento che avete ricevuto voi in 50 anni, a quelle che oggi sono opposizioni, diverse magari dalla vostra, voi oggi esistete in funzione di una grande dialettica e di una grande democrazia da parte della DC e di chi ha governato, che ha accettato che potessero essere rappresentati a tutti i livelli modi di pensiero e culture politiche diverse. Voi state arrivando e decidete che non si accettano più modi e correnti di pensiero diverse dalla vostra, è di una pericolosità assoluta.

Forse oggi potrebbe far comodo a voi, pensate se lo stesso strumento si potesse usare ad ogni tornata elettorale: chi vince piglia tutto, non si fanno prigionieri, questo non è mai stato il modo di ragionare, non è mai stata la cultura politica del Trentino, state facendo un grave errore, io mi appello alla vostra sensibilità politica ed ad un ripensamento perché è giusto che le minoranze, i rappresentanti di correnti e culture politiche diverse potessero alla stessa stregua essere rappresentanti in aule ed in sedi istituzionali dove si portano istanze e modi di pensiero anche diversi dai vostri.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Morandini.

MORANDINI: Mi sono chiesto, signor Presidente, perché mai in particolare sulle nomine in seno alla commissione paritetica, o commissione dei dodici come la vogliamo chiamare, la maggioranza voglia imporre entrambe le designazioni che spettano all'intera assemblea legislativa regionale. Se volete la risposta, di primo acchito è molto semplice, però proprio la risposta, e questo cercherò di spiegarlo, indurrebbe invece a tutt'altra soluzione.

La risposta molto semplice è che questa commissione ha come funzione fondante quella di licenziare le norme di attuazione dello Statuto di autonomia, ma dico subito una parte delle ragioni che militano in senso opposto, proprio l'importanza di questa funzione imporrebbe che per correttezza politica, per correttezza istituzionale, per correttezza anche verso il ruolo che le minoranze svolgono all'interno di questo Consiglio si desse, quanto meno, una certa attenzione proprio alla proposta che le minoranze potrebbero andare a fare.

Allora perché? Prima di tutto è chiaro che se la Commissione dei 12 ha lo scopo, la funzione importante di licenziare norme di attuazione, evidentemente qualcosa vorranno pur dire queste norme di attuazione ed a mio avviso, e qui anche parte delle minoranze sono responsabili, in questi anni è stata data poca importanza al ruolo ed alle funzioni delle norme di attuazione perché le norme di attuazione hanno, di fatto, determinato in molti casi, ed assicurato il passaggio di funzioni, di personale, di uffici e quindi hanno sostanzialmente consentito il declinarsi della nostra autonomia. Quindi l'importanza di questa commissione deriva, in primo ruolo, secondo me, dall'ampiezza e dalla profondità di queste norme e se infatti, e sapete che più volte la Corte Costituzionale è intervenuta ribadendone la legittimità, e se infatti via via in questi anni hanno riguardato l'integrazione dello Statuto, il passaggio, come ricordavo prima, di organi, di personale e di funzioni alle province autonome, ancora hanno riguardato l'individuazione alle delimitazioni di ambiti materiali di competenza delle province, ancora hanno riguardato l'attività statale e il suo rapporto con quella provinciale e via potremmo proseguire a lungo nell'elenco. In sostanza cioè una serie di norme che tutt'altro che essere leggi ordinarie, anzi sono considerate leggi quasi costituzionali, paracostituzionali perché attuative di norme di rango costituzionale e sono state il cuore della nostra autonomia.

C'è una terza ragione, colleghi, e su questa vorrei soffermarmi in modo particolare e riguarda la natura del parere di questa commissione, non è vero, come qualcuno ha detto, che questo parere è solamente obbligatorio, nel senso che prima di essere approvate dall'organo competente cioè il Governo in primis, basta che il Governo assuma il parere di questa commissione. Questo è vero sulla carta, ma nei fatti non è mai successo che il parere della Commissione dei 12 sia stato disatteso dal Governo anche quando era contrario alle proposte che arrivavano in Commissione dei 12. Per cui non solo il parere si è rivelato nei fatti obbligatorio, ma è sempre stato vincolante, anzi addirittura e lo sanno bene coloro che vi hanno lavorato, quando il parere della commissione non interveniva era il Governo medesimo, attraverso i suoi uffici ed i suoi organismi, a chiedere esplicitamente che la commissione si esprimesse su questo e su quel passaggio, allora anche la natura del parere è estremamente importante.

Presidente, colleghi, proprio per tutte queste ragioni è paradossale che un Consiglio regionale designi, e non è una questione di posti, a far parte di questa commissione solo membri che provengono da una certa area politica. Questo è paradossale perché dentro in quella commissione dovrebbero invece

essere espresse tutte le sensibilità etniche, culturali linguistiche perché dentro quella commissione, il cui parere sostanzialmente è vincolante per il Governo, di fatto si declinano le cose più importanti, e si sono declinate ancora di più in questi anni addietro, che hanno consentito l'attuazione concreta della nostra autonomia e quindi dello Statuto.

Da questo punto di vista questa commissione sta assumendo un ruolo di forte attualità, anzi vorrei dire addirittura un ruolo di modernità e faccio un'ultima riflessione Presidente, lei sa bene che è in atto a livello nazionale, e qualche collega anche a livello locale sta andando a collaborare a questo triste disegno, il cercare di livellare le regioni a statuto ordinario e quelle a statuto speciale, cioè cercare in sostanza di cancellare, anche se formalmente lo si lascerà sulla carta, l'art. 116 dello Statuto e tutto quello che ha significato per decenni e sta significando la nostra autonomia. Allora proprio per questa ragione sarebbe importante che in seno alla Commissione dei dodici sedessero quali designati dal nostro Consiglio regionale rappresentanti che si facessero carico di valorizzare la nostra specialità, la nostra autonomia attraverso tutta una serie di iniziative che già più volte abbiamo dimostrato e proposto in quest'aula.

Faccio soltanto un esempio, sapete che è recente, non mi ricordo più da quale parte politica, la proposta che si applichino alle regioni speciali anche gli atti relativi al passaggio delle funzioni che sono stati sempre tipici delle regioni ordinarie e questo che cos'è se non cercare, in tutti i modi, di livellare regioni ordinarie e regioni a statuto speciale. Proprio per questo la Commissione dei dodici riveste un ruolo non solo per le funzioni che ha sulla carta ma addirittura di modernità e di futuro e per questa ragione è davvero bieca scelta politica quella di non tener presente una proposta che possa venire dalle minoranze.

Faccio un ultimissimo accenno di tipo comparato, signor Presidente, ci sono paesi non molto distanti da noi, mi riferisco alla Svizzera e anche all'Olanda, dove guarda caso, le assemblee legislative devono sovente nominare membri loro rappresentanti in seno a commissioni di questo tipo. Ebbene, proprio in quei paesi, e penso che in modo particolare la Svizzera ci abbia dato lezione di democrazia in questi anni, proprio in quei paesi per evitare lacerazione di natura etnica, religiosa o quant'altro, le assemblee legislative e anche dove sono schiacciati le maggioranze designano, in seno alle commissioni paritetiche, membri sia della maggioranza sia delle minoranze.

Se questo vale per quei paesi mi chiedo, per le ragioni etniche, culturali, linguistiche a cui ho fatto riferimento se non debba valere a maggior ragione per il Trentino e per l'Alto Adige e quindi per il nostro Consiglio regionale. Ma ancora una volta, e qui è confermata la linea, si è voluto, come abbiamo letto anche in questi giorni sulla stampa, proseguire nella linea della lottizzazione. Di questo evidentemente faccio ammenda, sottolineo la grande responsabilità dei legislatori di questo governo in primis, della presidente della Giunta regionale.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Holzmann. Bitte, Abgeordneter.

HOLZMANN: Per quanto riguarda l'elezione dei componenti della commissione rilevo, come per altro hanno fatto i colleghi che mi hanno preceduto, un problema di carattere procedurale, cioè la negazione a qualsiasi controllo da parte delle forze dell'opposizione nell'ambito di una commissione che ha una importanza grandissima per quanto riguarda le minoranze linguistiche soprattutto della provincia di Bolzano.

Abbiamo segnalato, in più occasioni, come troppo spesso le comunità linguistiche dell'Alto Adige, ed in particolare quella di lingua italiana, si siano ritrovate delle norme di attuazione che sono leggi costituzionali che incidono profondamente sulla vita e sui rapporti fra i gruppi linguistici senza che la minoranza linguistica italiana fosse mai stata messa al corrente sulla portata delle norme che il Governo si apprestava a varare. Potrei citare soltanto l'ultima, la così detta norma omnibus, quella che ha reintrodotto l'obbligo di bilinguismo, e la proporzionale per gli enti statali privatizzati per i quali questi requisiti non sarebbero più stati necessari. Si tratta, per quanto riguarda poste e ferrovie, di circa 3.000 posti pubblici. Ci sono 300 dipendenti pubblici di lingua italiana in Alto Adige che hanno avuto 24 mesi di tempo per regolarizzare la loro situazione rispetto all'attestato di bilinguismo pena il trasferimento in altre province italiane.

Quindi norme che hanno una portata e dei riflessi veramente pesanti per decine, centinaia di famiglie della comunità italiana dell'Alto Adige.

Ora, che questa commissione possa operare nelle segrete stanze, senza alcun controllo, è assolutamente inammissibile. Vorrei ricordare soltanto questo, che in occasione del Governo Berlusconi la Commissione dei sei era divisa esattamente a metà, tre commissari rappresentavano le forze così dette di governo e tre le forze di opposizione al governo nazionale tant'è che ci fu una questione che si protrasse per diversi mesi relativamente alla presidenza della Commissione dei sei.

Oggi siamo di nuovo al punto di partenza con delle posizioni ormai consolidate da parte delle forze di maggioranza della Giunta regionale che vogliono perseguire ancora questa conventio ad excludendum non soltanto nei confronti della destra politica o del centro-destra, ma nei confronti di qualsiasi altra minoranza politica presente in questo Consiglio.

Il compito dell'opposizione, che è un compito importante si esercita proprio e soprattutto nell'attività ispettiva e nell'attività di controllo per quale ragione non si vuole che una commissione così importante, come appunto la Commissione dei sei e la Commissione dei dodici, non possa avere nemmeno un rappresentante dell'opposizione.

Qui non si parla certamente di ingovernabilità della commissione, non di corrono rischi di questa portata, si tratta semplicemente di poter esercitare attività di controllo politico.

Se l'opposizione, mi chiedo, non può fare nemmeno questo vorrei chiedere ai signori rappresentanti della Giunta regionale quale ruolo immaginano loro per l'opposizione in questo Consiglio se si nega persino la possibilità di esercitare l'attività ispettiva.

Credo quindi che la giornata di oggi sia negativa per l'istituzione, negativa anche per il concetto di democrazia che sembra un concetto acquisito però in realtà spesso così non è come non lo è oggi in occasione della votazione della Commissione dei dodici.

Quindi, per quanto mi riguarda, mi atterrò alle disposizioni del capogruppo e non parteciperò alla votazione della commissione. Grazie.

PRÄSIDENT: Im Moment ist niemand mehr vorgemerkt. Abgeordneter Pöder, bitte. Geht es sich noch aus bis 13.00 Uhr? Bitte, Abgeordneter.

PÖDER: Danke, Herr Präsident. Nur ein paar kurze Anmerkungen. Hier haben einige nicht so recht verstanden, um was es in der 12er bzw. 6er Kommission geht. Es geht da vor allem um Gutachten für Durchführungsbestimmungen, so wie es in der sogenannten 137er Kommission um Gutachten zu allfälligen Änderungen des Autonomiestatutes geht. Nun meiner Meinung nach wurden diese Kommissionen nicht geschaffen, um sei es der Mehrheit oder der Opposition die Möglichkeit zu geben, Posten für Parteigänger zu besetzen. Meiner Meinung nach wurden diese Kommissionen nicht geschaffen, um einen Postenbeschaffungstreit zwischen Opposition und Mehrheit loszutreten. Meiner Meinung nach wurden diese Kommissionen geschaffen, um sie eben mit Experten zu besetzen, die sich speziell im Bereich Autonomiepolitik, speziell im Bereich Minderheitenschutz auskennen und deshalb muß ich ihnen ganz ehrlich sagen, ist diese Auseinandersetzung, die hier sowohl von der Mehrheit als auch von der italienischen Opposition, von der Trentiner Opposition, geführt wird, eigentlich gegen den Geist dieser Kommission. Denn wie gesagt, es geht nicht um den Schutz einer sogenannten italienischen Sprachminderheit, die es nicht gibt. Es gibt sie nicht, die Italiener in Südtirol gehören - und das können wir nicht oft genug wiederholen, wenn wir gerade eben auch von der italienischen Sprachminderheit reden gehört haben - zum Staatsvolk, sind Angehörige des Staatsvolkes. Die Kommissionen sowie die gesamte Autonomie, das gesamte Paket, auch der Pariser Vertrag sind nicht geschaffen worden, um eine sogenannte italienische Minderheit in Südtirol zu schützen, denn diese Minderheit gibt es nicht, die existiert nicht, es gibt die deutsche Minderheit, es gibt die ladinische Minderheit, aber keine italienische Minderheit. Machen wir diese Kommissionen nicht zum Objekt des parteipolitischen Schachers zwischen politischer Opposition und politischer Mehrheit. Wir sind einfach der Meinung, daß in diesen Kommissionen niemand etwas zu suchen hat, der die Grundsätze, die Grundausrichtungen dieser Autonomie, des Schutzes der echten Minderheiten, um es einmal so zu sagen, infrage stellt oder infrage gestellt hat. Deshalb, auch wenn es vielleicht nicht in den

Regionalrat gehört, sind wir auch immer noch der Meinung, daß ein Vertreter von Alleanza Nazionale in der 137er Kommission völlig fehl am Platz ist. Das ist den Bock zum Gärtner oder sozusagen einen Metzger zum Koch in einem vegetarischen Restaurant zu machen. So kann man nicht verfahren, so kann man mit derart wichtigen Kommissionen, für uns Südtiroler wichtigen Kommissionen, nicht umspringen.

Wir sind der Meinung, daß in derartige Gremien, wie es die 12er und 6er Kommission und auch die 137er Kommission sind, Experten in Autonomiefragen, in Paketfragen hineingehören, die auch die Grundausrichtung, den Geist dieser Autonomie mittragen als Anker des Schutzes der deutschen und auch der ladinischen Minderheit. Deshalb haben wir auch bereits im Landtag einen der Mitbegründer des Paketes, einen der Väter des Paketes, Alfons Benedikter, vorgeschlagen. Man soll hier nicht in Auseinandersetzungen zwischen Parteien verfallen, sondern man soll hier wirklich davon ausgehen, daß diese Kommissionen mit Personen besetzt werden, die ganz klar wissen, wovon sie reden, wenn sie in den Kommissionen zu verschiedenen Durchführungsbestimmungen oder auch zum Autonomiestatut Stellung nehmen. Deshalb ersuche ich hier wirklich, diese kleinkarierten parteipolitischen Auseinandersetzungen beiseite zu schieben und ich ersuche allerdings auch die Vertreter der Südtiroler Volkspartei, das wieder gut zu machen, was sie im Landtag und in der 137er Kommission mit angerichtet haben und wirklich einen Verfechter unserer Autonomie, unseres Schutzes, des Schutzes der Volksgruppen in Südtirol, der deutschen und der ladinischen Volksgruppe, in die Kommissionen zu entsenden, nämlich Alfons Benedikter.

Sie haben den Kollegen Seppi zu einem Thema Stellung nehmen lassen, das hiermit nichts zu tun hat und deshalb erlaube ich mir, auch zu diesem Thema ein, zwei Sätze zu sagen. Es waren da einige sehr beleidigende Aussagen des Kollegen Seppi zum Thema Schützen. Die Schützen haben vor einigen Jahren in völlig demokratischer Art und Weise gegen das Bozner Siegesdenkmal demonstriert. Damals, das hat der Kollege Seppi wahrscheinlich nicht so mitbekommen, wurde diese Demonstration nicht erlaubt, nein im Gegenteil, sie wurde von der Quästur verboten. Das weiß auch Kollege Leitner wahrscheinlich am besten, der damals ja Landeskommandat war. Und Sie wurden ja angezeigt, die Bundesleitung des Südtiroler Schützenbundes, das ging bis vor das Kassationsgericht und das Kassationsgericht hat festgestellt, daß die Quästur damals völlig unerlaubterweise diese Demonstration untersagt hat, wie es der Kollege Seppi vorher meinte. Und ich bin auch stolz darauf, damals dabei gewesen zu sein, auch wenn wir von Parteigängern und ideologischen Freunden der Abgeordneten der heute hinter uns sitzenden Alleanza Nazionale und natürlich auch von Unitalia damals regelrecht angespuckt wurden. Soviel zur Richtigstellung dessen was der Kollege Seppi gesagt hat.

Zurückkommend noch einmal auf die 12er und 6er Kommission: Haben Sie den Mut, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Südtiroler Volkspartei, in

diese Kommission Personen zu entsenden, die wirklich auf dem Boden des Schutzes der deutschen und ladinischen Volksgruppe stehen.

PRÄSIDENT: Angesichts der Tatsache, daß wir zwei Minuten vor 13.00 Uhr haben, schließe ich jetzt die Sitzung und wir treffen uns wieder um 15.00 Uhr.

(ore 12.59)

(ore 15.01)

PRÄSIDENT: Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, ich bitte Sie Platz zu nehmen, damit wir mit der Nachmittagssitzung beginnen können und ich ersuche um den Namensaufruf. Kollege Minniti bitte.

MINNITI: *(segretario): (fa l'appello nominale)*
(Sekretär): (ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist somit eröffnet. Wir sind in Behandlung des Tagesordnungspunktes Nr. 3: „Namhaftmachung der Vertreter des Regionalrats für die 6er und 12er Kommission. Wir sind in der Debatte, sind weitere Wortmeldungen? Möchte jemand das Wort? Herr Plotegher, bitte.

PLOTEGHER: Grazie Presidente. Aggiungo la mia voce a quella dei tanti colleghi che hanno preso la parola questa mattina nei confronti di questa ennesima testimonianza di chiusura nei confronti delle opposizioni, di questa ennesima testimonianza di regime ormai in atto e credo che sia estremamente importante che questa situazione che si sta verificando in quest'aula venga opportunamente comunicata anche all'esterno. Noi ce ne faremo carico, crediamo che anche questa ulteriore testimonianza che comporterà poi una commissione dei dodici con un solo rappresentante della minoranza contro 11 schierati verso un disegno che noi riteniamo a favore di una svendita, di una liquidazione della regione, è chiaro perché ormai l'abbiamo visto chiaramente, questo disegno dovrà essere opportunamente denunciato all'opinione pubblica.

In questa regione sta avanzando un regime con l'occupazione e lottizzazione di ogni posizione di potere, l'abbiamo visto in provincia di Trento, l'abbiamo denunciato ancora; si è accentuato, questo disegno, durante la campagna per le elezioni regionali con la sponsorizzazione dello SVP nei confronti della battaglia elettorale del Presidente Dellai e della sinistra che non ha esitato a svendere le caratteristiche di specificità della provincia autonoma di Trento per assicurarsi una sponsorizzazione necessaria a superare quel periodo

di confusione e di incertezza che era venuto dopo tangentopoli per chi aveva per anni governato questa provincia...

(interruzione)

PLATEGHER: D'altra parte siamo convinti che anche il disinteresse che soprattutto contraddistingue la maggioranza nei confronti di ogni problema che interessi la regione, sia abbastanza significativo di quello che oggi si vuole fare in questa regione e ripeto che questa ulteriore testimonianza con la lottizzazione ulteriore, con il comportamento di quel residuo della prima Repubblica, che è Maccanico, che si è rifiutato di incontrare i rappresentanti dell'opposizione, siano condizioni che permettono a noi di dire chiaramente come la pensiamo.

In questa regione c'è un regime che sta avanzando in provincia di Trento, l'abbiamo visto e non credo che i trionfalismi della stampa nei confronti della vittoria del Presidente Dellai ieri a Trento siano assolutamente legati alla possibilità di vantare vittorie della pubblica opinione. A Trento questa campagna elettorale è stata pagata da valanghe di attivisti interessati a mantenere le posizioni, a mantenere determinati requisiti, a mantenere determinati privilegi e quindi la battaglia che il centro destra deve affrontare è una battaglia di opinione, di idea contro schiere di attivisti pagati che operano per il loro interesse e quindi sappiamo benissimo che avremo delle grosse difficoltà e le avremo anche nel difendere la regione. AN l'ha difesa e la difenderà in tutti i modi denunciando proprio questi comportamenti ossia la volgarità del comportamento di chi, di fronte all'interesse politico immediato, è disposto a svendere conquiste che oggi sono da vantare, da difendere nel modo più rigoroso e deciso possibile.

Denunciamo questo ulteriore tentativo di lottizzare, di mettere in disparte la minoranza, di mettere in disparte soprattutto la parte politica che ha dimostrato, in questo periodo e lo dimostrerà anche in futuro, di essere la parte più disponibile, più decisa, più forte nel difendere la regione così come è stata creata un tempo e così come serve e deve servire per difendere sia la minoranza italiana dell'Alto Adige sia le caratteristiche di specificità della provincia autonoma di Trento e denunciando naturalmente i comportamenti anche dell'attuale Presidente della Giunta regionale che su questi temi non apre bocca, non parla non dice niente.

Chiediamo che ci sia un maggiore interessamento e ripeto e concludo dicendo che la nostra battaglia sarà sempre più dura su questi temi, anche per informare a fondo l'opinione pubblica di cosa sta dietro a certi successi elettorali, di cosa sta dietro a determinate operazioni che sono destinate, se non corrette, a portare indubbiamente a una dequalificazione di tutta l'autonomia e ad un decadimento anche della provincia autonoma di Trento che finora gode di un'autonomia malgestita, ma comunque di privilegi che non sono a disposizione di altre regioni. Ripeto che questo ulteriore tentativo di emarginare l'opposizione, di mettere in disparte voci che potrebbero anche a livello di quell'istituto qualificato

che è la commissione dei dodici di difendere il destino di questa regione, è una manovra che va denunciata, che va assolutamente stigmatizzata e contro la quale noi combatteremo una durissima battaglia a tutti i livelli, ma soprattutto in sede extraistituzionale.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? Keine mehr? Somit schließe ich die Debatte ab und wir schreiten zur Abstimmung. Es sind drei Vorschläge gemacht worden: Dr. Brugger Siegfried, Dr. Detomas Giuseppe, Dr. Alfons Benedikter. Auf dem Stimmzettel können zwei Namen angegeben werden. Prego distribuire le schede. Ich bitte die Stimmzettel zu verteilen.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	44
Stimmen haben erhalten:	
Brugger:	39
Detomas:	38
Benedikter:	2
weiße Stimmzettel:	3

Somit erkläre ich die Herren Dr. Brugger und Dr. Detomas zu Vertretern des Regionalrats in der paritätischen Kommission für die Durchführungsbestimmungen. Wir gehen mit der Tagesordnung weiter. Punkt Nr. 4 ist in der Fraktionssprechersitzung einvernehmlich auf die Juniwoche verschoben worden, allerdings jetzt nur mehr auf morgen, so habe ich gehört. Sind dazu Einwände, daß wir den Tagesordnungspunkt Nr. 4 auf morgen verschieben? Keine? Dann gehen wir weiter. Die nächsten zwei Tagesordnungspunkte, Nr. 5) und 6), sind wiederum in der Fraktionssprechersitzung einvernehmlich auf die Juniwoche verschoben worden und somit kommen wir zum Tagesordnungspunkt Nr. 7), und zwar ist es der Beschlussantrag: „Nein zu den Militäraktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien“, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Sergio Divina, Bertolini und Boso. Ich ersuche einen der Unterzeichner um die Verlesung des Beschlussantrages. Erstunterzeichner Kollege Divina, bitte.

DIVINA:

PROPOSTA DI MOZIONE N. 2/XII
NO AGLI INTERVENTI MILITARI CONTRO LA FEDERAZIONE JUGOSLAVA

Osservando

con preoccupazione come questo secolo si concluda nello stesso modo in cui si è aperto, vale a dire con venti di guerra nei Balcani;

considerati:

i drammatici sviluppi della crisi kossovara, culminati nell'ordine di attacco contro la Federazione Jugoslava diramato dal Segretario Generale dell'Alleanza Atlantica il 23 marzo 1999;

la richiesta, da parte della autorità militari della Nato, della collaborazione diretta ed indiretta dell'Italia alle operazioni;

i gravissimi effetti dell'offensiva aerea contro la Serbia, in assenza di un mandato delle Nazioni Unite e contro la volontà della Federazione Russa, sia sotto il profilo del rispetto della legalità internazionale sia per le prospettive della sicurezza europea;

sottolineando:

altresì i pericoli e le sofferenze cui verranno sottoposte, come conseguenza del ricorso alla forza, la popolazione serba e la stessa popolazione kossovara;

l'evidente difetto di progetto Politico a monte della decisione dell'Alleanza Atlantica di procedere all'effettuazione di una massiccia tornata di raid aerei e missilistici contro il territorio serbo;

rimarcando

come, al di sotto dell'apparente unanimità dei paesi membri della Nato, vi sia, in realtà, una vasta gamma di posizioni politiche sfumate e come, in particolare, vi siano Stati che hanno già apertamente dichiarato di non partecipare attivamente alle operazioni, come l'Ungheria;

*il Consiglio regionale impegna
il Presidente della Giunta Regionale*

1. ad intervenire, nei confronti del Presidente del Consiglio Massimo D'Alema, del Ministro degli Esteri Lamberto Dini e del Ministro della Difesa Carlo Scognamiglio affinché il governo italiano riconsideri la propria posizione in seno all'Alleanza Atlantica in rapporto alla politica decisa nei confronti della Federazione Jugoslava, anche alla luce della reazione ostile della Federazione

Russa, il cui Premier ha sospeso una visita da tempo programmata negli Stati Uniti proprio alla vigilia dell' importante voto della Duma sul Trattato Start II;

2. ad esprimere la propria totale contrarietà all'offensiva aerea iniziata nella serata dei 24/03/99;
3. ad esprimere la propria solidarietà nei confronti delle popolazioni civili residenti nel territorio della Federazione Jugoslava, i cui interessi non sembrano essere stati adeguatamente ponderati dalla diplomazia internazionale;
4. ad intervenire affinché venga negata alla Nato qualsiasi disponibilità di unità aeree, navali e terrestri italiane nel quadro dello svolgimento di operazioni offensive dirette contro il suolo della Federazione Jugoslava.

Lega Nord Trentino per l'Indipendenza della Padania

cons. Sergio Divina

cons. Denis Bertolini

cons. Enzo Erminio Boso

Dal 25 marzo ad oggi, cioè data di presentazione della mozione, sono sicuramente intervenuti anche fatti nuovi che nel testo magari non compaiono.

Sembra che piano piano emerga una realtà che per il primo periodo è stata sottaciuta o addirittura manipolata.

Si sta assistendo, per lo più, ad una guerra dichiarata e non supportata legalmente dalle procedure che la Costituzione italiana vorrebbe. Cioè l'Italia è entrata in guerra senza che le Camere abbiano dato mandato al Presidente della Repubblica di dichiarare guerra, il Governo si è arrogato questo diritto dal momento che si partecipa ad una alleanza atlantica, si è permesso all'America di trascinare tutti in una guerra che, ricordiamolo, si svolge ad un quarto d'ora dalle coste di casa nostra.

Aerei americani sorvolano i nostri cieli, tutti i giorni rilasciano bombe, abbiamo visto cosa vuol dire utilizzare l'adriatico come discarica bellica, questo non si poteva ne prevedere ne immaginare ma non si può nemmeno accettare che il Governo italiano lasciasse che queste cose accadessero senza alzare minimamente la testa.

La sinistra, il partito comunista, il PDS, gli ambientalisti, i pacifisti da sempre hanno fatto giuste rivendicazioni, giuste battaglie, giusta contrapposizione ai paesi belligeranti, l'America in primis e la NATO come aggregazione pluri statale in seconda battuta.

E' possibile che un governo di sinistra oggi accetti tutta la politica estera che gli Stati Uniti decidano su territorio europeo ai fianchi, ai confini di casa nostra è inaccettabile.

Il Garda, sappiamo, è stato usato altrettanto come discarica per ordini bellici, sia lo Stern sia il Bildzeitung di circa un mese fa titolava in prima pagina: "Bombe nel Garda". Noi oggi non sappiamo nemmeno quale sarà il danno economico di quei due titoli di quei due giornali tedeschi e sappiamo come l'economia del Garda sia e risenta positivamente o negativamente della domanda, soprattutto tedesca dell'area Mitteleuropea.

Stiamo pagando al di là del costo bellico un costo economico che è inaccettabile per il nostro paese. Crediamo che dalle prime analisi del dato turistico le prenotazioni sulla riviera adriatica siano in calo del 20 - 25% ma sono soltanto proiezioni perché non abbiamo ancora il dato definitivo. Non sappiamo ancora quanto costerà economicamente a questo paese la guerra. Non sappiamo ancora come questo conflitto può travolgere, non sappiamo nemmeno le pieghe che potrà prendere perché un giorno si sbagliano obiettivi e si colpiscono convogli militari e viceversa si scopre che sono convogli di profughi che stanno scappando dalle bombe. Il giorno dopo ci dicono che hanno sbagliato obiettivo, credevano di colpire un ponte e invece hanno colpito un treno addirittura carico di civili. Il terzo giorno ci chiedendo scusa per aver colpito un bus carico di popolazione civile. Colpiscono le fabbriche, e dentro sappiamo che non esistono armamenti bellici ma una popolazione civile che tenta di sopravvivere con le bombe sopra alla testa. Si colpiscono ponti e per lo più obiettivi civili.

Non abbiamo sentito di un obiettivo militare colpito in più di due mesi di guerra.

Il pretesto del Kosovo serve agli americani per fare un certo discorso di politica straniera sulla testa degli europei a poche migliaia di chilometri da casa nostra. Questo è inaccettabile ma soprattutto è inaccettabile che il Governo italiano supinamente accetti la politica estera fatta in casa nostra da parte degli americani.

Mi scuso per l'accaloramento, ma questa mozione serve per dare un piccolissimo segnale per dire che queste cose a noi non piacciono, non vanno bene. Non vogliamo prendere le difese né di una parte né dell'altra, perché nel Kosovo da cinquant'anni si perpetrano le cose più abominevoli da una parte e dall'altra parte.

Dopo cinquant'anni fermare il fotogramma su una scena e stabilire che in quel momento uno sta aggredendo e l'altro sta subendo è un errore storico perché per cinquant'anni le due parti hanno operato conflitti, hanno operato scelte di pulizia etnica da ambe due le parti con la stessa scelleratezza, con la stessa violenza.

Un dato per tutti: nel 1947, dopo il conflitto il sistema kosovaro era più o meno questo: il 60% della popolazione era albanese ed il 40% era di

popolazione serba. Dopo cinquant'anni i numeri sapete quali sono, gli albanesi sono il 92% e i serbi sono soltanto l'8%.

Vuol dire che in questi cinquant'anni c'è stata una espulsione, un tentativo di liberarsi; d'altronde una popolazione che numericamente controlla, che politicamente può decidere è inevitabile che si faccia prendere la mano. In questo momento assistiamo ad una ribellione al contrario e come questa ribellione avviene con una certa efferatezza troviamo da parte degli albanesi, che ormai si sentono a casa loro, una reazione non con un esercito regolare, ma irregolare.

Questo sarebbe scendere in campo e fare scelte che sono sempre partigiane. Non dobbiamo in questo caso dire chi ha ragione e chi ha torto e storicamente ricostruire la storia, perché ognuno la può ricostruire a modo suo.

Dobbiamo soltanto dire che quello che si sta facendo non è la miglior soluzione per tutelare le popolazioni civili che li vivono indistintamente dal colore e dalla matrice che queste abbiano. Se si vuole questo Consiglio ha l'opportunità di farlo e sta nel bocciare l'iniziativa della diplomazia internazionale che ha rinunciato ad un grande ruolo che è proprio quello della trattazione, che è proprio quello del negoziato ma che è arrivata precipitosamente alle armi dando il via comunque alla stura di quelle che sono le mire americane sul territorio europeo.

Sono scevro da dare giudizi, perché altrimenti direi anche che l'America ha tutto l'interesse a che il sistema europeo assomigli sempre di più al sistema americano dove entità forte, popolazioni con valori radicati siano il meno possibili esistenti perché il sistema del melting pot americano ha funzionato molto male nel momento in cui, non esistendo valori unificanti nessuno può richiamarsi ad una propria tradizione dei propri valori, il valore unificante diventa l'economia. Il valore unificante diventa la moneta. Questo è il sistema americano, l'Europa ha tradizioni ben diverse, non deve assoggettarsi minimamente di diventare fotocopia di un sistema americano. Sappiamo nel bene e nel male cosa ha rappresentato nella storia la Serbia, e sempre stata un po' la diga verso l'islamismo, verso la penetrazione dell'islamismo verso l'Europa.

Questi comunque sono giudizi che possono sicuramente essere confutabili, il problema che la guerra non ha minimamente tutelato le popolazioni civili che abitano quei territori, questo spero che non si possa confutare né mettere in discussione. Questo vuole la mozione ed è questo che chiediamo a questo Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Der Beschlussantrag ist jetzt erläutert worden und es folgt die Generaldebatte. Es kann ein Regionalratsabgeordneter für jede Ratsfraktion und der Regionalausschuss für höchstens zehn Minuten das Wort ergreifen. Zu Wort gemeldet hat sich als erster der Kollege Leitner. Ich gebe ihm das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Zum ersten möchte ich sagen, daß es sicherlich richtig ist, daß auch der Regionalrat sich Gedanken über die

Geschehnisse in Jugoslawien macht, auch wenn unsere Möglichkeiten wahrscheinlich bescheidener Natur sind. Welches Votum wir auch immer zum Ausdruck bringen, das wird wahrscheinlich die Herren auf dem Balkan und die Herren der Nato recht herzlich wenig interessieren. Aber ich finde es richtig und wichtig, daß man es trotzdem tut, denn es hat sich keiner vorstellen können hierzulande, daß es in Europa noch einen Krieg geben könnte und wie der Krieg zustande gekommen ist, das wissen wir alle.

Wir wissen auch, daß es kein UNO-Mandat für diesen Krieg gibt, daß die Nato eigenmächtig hier eingeschritten ist und man muß der Nato einen Vorwurf sicherlich machen. Sie gibt vor, Menschenrechte, Menschenwürde, zu schützen und wenn sie es tut, dann müßte sie es überall tun, denn was man auf dem Balkan jetzt macht, hat man bei den Kurden beispielsweise nicht gemacht. Warum denn? Weil die Türkei ein Nato-Land ist. Der ganz gewöhnliche Bürger erwartet sich, daß bei der Einhaltung von Menschenrechten - die werden immer vorangestellt - immer gleich vorgegangen wird, daß es einen Maßstab gibt und den gibt es hier nicht.

Ich muß auch sagen, so wie die Resolution verfaßt ist, kann ich mich damit nicht einverstanden erklären, denn hier kommt zum Ausdruck, daß die Jugoslawen die Guten sind und die anderen die Bösen. So ist es natürlich auch nicht. Ein Krieg, sage ich, entsteht immer dort, wo die Politik versagt hat, sonst gibt es nämlich keinen Krieg und ich bin der Meinung, daß nicht alles unternommen worden ist, um diesen Krieg zu verhindern. Ich möchte jetzt nicht böse sein, aber mittlerweile gibt es Leute, die sagen, daß Amerika diese Situation ausnützt, um die alten Waffen zu entsorgen, damit man wieder neue kaufen kann. In einem Krieg gibt es immer Leute, die Geschäfte machen. In Amerika wird derzeit schon darüber diskutiert, wer den Aufbau bezahlen soll. Also zur Zeit, wo man Jugoslawien zusammenbombt, wird schon darüber diskutiert, wie man es wieder aufbaut. Das ist eigentlich eine absurde Situation und wir sind es schon gewohnt, aus den Fernsehbildern einen Krieg live mitzuerleben. Das hat es noch nie gegeben und in den ersten Tagen war die Bevölkerung sehr betroffen. Mittlerweile stelle ich fest, daß der Großteil der Bevölkerung schon wieder zur Tagesordnung übergegangen ist, was geblieben ist, sind die verschiedenen Spendenkonten, sei es bei der Landesregierung, sei es bei karitativen Einrichtungen usw., aber das Grundübel Krieg hat man in keiner Weise in den Griff bekommen. Es ist absehbar, daß es sich sogar ausdehnt, daß demnächst Bodentruppen eingesetzt werden. In diese Richtung geht es ja eigentlich und ich habe unlängst einen Artikel gelesen von einem Politikwissenschaftler, der an der Universität Stuttgart-Hohenheim unterrichtet und der einen Militärhistoriker zitiert, den Ferdinand Otto Mitschke, einen Franzosen sudetendeutscher Herkunft. Und wenn ich sage Sudetendeutschland, dann denkt man einfach bei diesen Vertriebenenbildern automatisch an die Bilder nach dem 2. Weltkrieg, wo

auch Menschen vertrieben und umgebracht worden sind. Es ist nicht so lange her. Er sagt: Der Atomkrieg findet nicht statt - er hat es schon in den 50er Jahren gesagt - der Atomkrieg findet nicht statt Was macht ihr aber, wenn der Ivan mit dem Küchenmesser kommt? Es kommt nicht der Ivan mit dem Küchenmesser, aber es kommt der Haiduck, der Serbe, mit seinem Partisanenkrieg, den unsere Väter auf dem Balkan selber kennengelernt haben. Ich sage das deshalb, weil bestimmte Ereignisse nicht so lange zurückliegen und ich wiederhole es: Man hätte sich nicht vorstellen können, daß in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Krieg ausbricht und wenn ich daran denke, daß im Adriatischen Meer diese sogenannten Splitterbomben an den Stränden umhertreiben, wo demnächst die Fremdenverkehrssaison beginnt, dann wird mir schon anders, muß ich sagen. Ob die Amerikaner, ob die Nato all diese Dinge auch bedacht hat, ganz abgesehen von den internen Konfliktsituationen in den verschiedenen Regierungen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Man denke nur an Deutschland und man erinnere sich an die Bilder des jüngsten Kongresses der Grünen. Was dort passiert ist, das hätte man sich vor zehn Jahren nicht vorstellen können und ich frage mich einfach, was wohl wäre, wenn in Deutschland die Grünen nicht an der Regierung wären. Dann würde es wahrscheinlich jede Menge Protestkundgebungen gegen den Krieg geben. Ironie des Schicksals, daß genau in dieser Situation eine politische Kraft an der Regierung ist und Verantwortung hat und wahrscheinlich aus den sogenannten Sachzwängen bzw. politischen Zwängen, Bündnistreue und dergleichen, nicht herauskann. Und hier sieht man wie schnell sich eine Situation ändern kann, auch aus der eigenen Sichtweise. Ich persönlich halte schon etwas von der Nato und wir Europäer machen es uns manchmal auch zu einfach und delegieren alles an Amerika. Wenn Amerika dann tatsächlich eingreift und vielleicht eine Situation herbeiführen will, die zumindest zum Schutz einer Volksgruppe beitragen soll, dann haben wir ein bißchen gemischte Gefühle. Es gibt in bestimmten Situationen wahrscheinlich wirklich nur „ja“ oder „nein“ wenn die Situation einmal da ist. Ich sage noch einmal: Es ist nun sehr sehr schwer, hier den Fortgang des Krieges zu stoppen, weil es vielen auch um den Gesichtsverlust geht. Nur wenn es um Menschenopfer in diesem Ausmaß geht, wo auch Zivilpersonen zu Schaden kommen, dann muß man schon eine Nachdenkpause einlegen. Ich glaube, die Südtiroler können da anders urteilen, wenn hier auch mit ganz groben und gröbsten Mitteln ein Volk auszuradieren, zu vertreiben versucht wird. Was man hier aber auch nicht vergessen darf, daß es einen Abschluß gibt, wo man wieder zusammenleben muß. Je früher man imstande ist, das bisherige „Gemetzel“ zu beenden, um so besser. Es ist nicht leicht am Balkan und wir haben jetzt sicherlich alle x Diskussionen gehört, geschichtliche Rückblicke auf dem Balkan, zurück bis zum Amselfeld und diese ganzen Dinge und wenn wir uns hier aufführen als diejenigen, die andere belehren wollen, dann werden wir uns sicherlich

schwer tun. Ich glaube, daß gewählte Volksvertreter, wo immer sie stehen, die Verpflichtung haben, alles dazu beizutragen, einen Krieg einfach zu stoppen. Das muß uns allen bewußt sein und dazu müssen wir uns hergeben, wobei man auch sagen muß: Natürlich kann man nicht zusehen wie ein Volk vertrieben und umgebracht wird, überhaupt keine Frage.

Dieser Krieg hat im Prinzip ja nicht vor zwei Monaten begonnen, sondern vor zehn Jahren, als man den Kosovaren die Autonomie genommen hat. Das vermisste ich in diesem Beschlussantrag. Auf den Kosovo wird überhaupt nicht eingegangen, für mich ist dieser Beschlussantrag einfach zu einseitig. Ich habe volles Verständnis für die Kollegen der Lega, daß man hier etwas tut, keine Frage, ich verstehe auch die Kritik an der Nato, aber man darf eines nicht vergessen, und zwar das Volk der Kosovaren, um die es hier auch geht, das kommt in dieser Resolution überhaupt nicht zum Ausdruck. Wenn die Resolution so bleibt, kann ich nicht dafür stimmen, halte aber den Einbringern zugute, die Diskussion hier entfacht zu haben. Wir sollten uns schon durchringen zu einem Dokument, wo man in diesem Fall die italienische Regierung zu entsprechenden Maßnahmen auffordert. Es gibt ja einen Plan, der mittlerweile von Italien und Deutschland getragen wird. Ich bin jetzt nicht in der Lage zu werten, ob das die richtige Initiative ist, aber ich glaube zu diesem Zeitpunkt ist jede Initiative gut, wenn sie durchdacht ist und wenn sie das Ziel verfolgt, den Krieg zu stoppen.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Boso. Bitte, Abgeordneter.

BOSO: Presidente, colleghi sto osservando le contraddizioni generali sia a livello romano sia a livello della regione Trentino-Alto Adige. Ieri ho guardato con stupore la marcia della pace dove all'interno c'erano gli stessi uomini che rappresentano la maggioranza di questo governo e rappresentano quelle forze politiche che permettono la strage degli innocenti formata non solo da kosovari, montenegrini, serbi ma sono soltanto degli innocenti: donne, bambini, anziani.

Abbiamo visto le televisioni di stato, quelle private della FININVEST che immancabilmente riprendono vecchi in lacrime e bambini disperati, cioè di fatto vogliono convincere e stanno convincendo la gente che questa guerra, non autorizzata, sia giusta. Però dobbiamo fare anche altre analisi all'interno di questa situazione politica, vediamo i Verdi che sono combattenti sul territorio in difesa degli animali, che sono contro la realtà della caccia però di fatto permettono che dei bambini vengano bombardati dai loro missili, dai missili dei loro amici americani.

C'è proprio la contraddizione più pura. Questa politica di sinistra vuol dire che è fatta di odio verso l'essere umano e lo posso dire in quanto non permetterei mai che mi chiamassero pacifista, sono una persona pacifica, sono una persona che ha il diritto di perdere le staffe, un pacifista è un uomo che si

veste di una grande soluzione sociale ed umanitaria però di fatto ne perpetra la situazione per arrivare allo sterminio dell'entità umana.

Nella trasmissione televisiva "Porta a porta", ieri sera un consigliere politico della Presidenza del Consiglio ha affermato: "Inizieremo lo studio di un attacco via terra.", veramente io, signor Presidente, colleghi, ne sarei soddisfatto di un attacco via terra ma manderei Boato dei Verdi, con il suo portavoce, manderei D'Alema con tutto lo staff della dirigenza del PDS, manderei democristiani, manderei socialisti, manderei Casini, Berlusconi e Fini in prima linea sull'attacco via terra. Perché giustamente cadranno dei figli, cadranno dei giovani, cadranno degli innocenti. Veramente vorrei vedere domani l'esultazione di una vittoria via terra. Penso che questa guerra sia esclusivamente un atto di arricchimento delle associazioni umanitarie.

Vorrei sapere dietro questi interventi quanti soldini sono rimasti appiccicati sui polpastrelli di questo associazionismo interventista guerrafondaio. Vorrei vedere quanta ricchezza se ne è appropriata la mafia di stato, la mafia delle istituzioni, sia essa italiana, albanese, kosovara, perché quando si pretende di mandare delle truppe via terra, faccio parte del movimento indipendentista della Lega, io sono un secessionista però decido di farlo in casa mia, con il mio sangue, non riesco a capire perché gli italiani dovrebbero occupare un territorio del Kosovo che fa parte integrale dello stato della Jugoslavia, perché gli italiani diventano difensori, i romanocentrici, dell'autodeterminazione dei kosovari e la Lega Nord viene incriminata per attentato alla Costituzione per l'unità d'Italia, quando loro a Roma scavalcano l'art. 11 della Costituzione e di fatto non si sentono richiamati in causa dalla stampa, dalla coscienza e dalle forze politiche, perché non hanno rispettato la Costituzione, due pesi e due misure.

Allora abbiamo i Verdi che difendono i fringuelli e permettono, con il sostegno di questo Governo, l'omicidio, la strage, i crimini di guerra, perché io vorrei domani, se veramente sarà istituito un processo per i crimini di guerra, che di fronte a questo tribunale sia chiamata anche la classe politica italiana, sia chiamata anche la realtà della NATO, perché qua non c'è soltanto un atto di difesa, c'è un atto di sterminio dei popoli innocenti.

Abbiamo visto che questi super piloti, oltre che scaricare le bombe nei nostri mari e nel nostro lago di Garda, si mettono a bombardare dei carri innocenti, dei trattori per l'agricoltura dei profughi, dicendo che li hanno usati come scudi umani, ma se ci fosse stato veramente l'uso di questa popolazione come scudo umano avremmo trovato qualche soldato in divisa, avremmo trovato qualche arma dispersa sul territorio, invece c'erano solamente scarpe da ginnastica di bambini, vecchi e innocenti. Certo è sempre bello dare la colpa agli altri, però abbiamo visto anche da questa Presidenza del Consiglio, che è andata a Roma per chiedere il risarcimento del Cermis e le è stato risposto picche, allora vuol dire che sono andati esclusivamente perché la RAI provinciale dava pochi spazi ai rappresentanti politici della maggioranza della Giunta provinciale.

Di fronte a questo mi rendo conto che la mozione avrà solamente i voti favorevoli della Lega Nord, perché voi dovete mantenere col vostro impegno di sostegno del Governo, perché qua dentro la maggioranza è a sostegno del Governo di centrosinistra a Roma, un voto a favore di questa guerra, un voto al consenso di strage di stato, perché noi partecipiamo alla strage di stato, noi autorizziamo sul nostro territorio, con la nostra falsa solidarietà, col nostro falso atto di difesa del popolo, autorizziamo perché generali, colonnelli possano dire: "Io in 50 anni di pace ho fatto parte di un'entità di guerra".

Presidente, noi siamo già convinti che questa mozione non sarà sostenuta, però vogliamo dirvi fuori dalla strage degli innocenti che si sta promuovendo all'interno del Balcani, perché si è visto con quanta intelligenza la Duma russa, al pericolo di una guerra civile all'interno del proprio territorio, non ha messo Eltsin in stato di accusa; allora prendiamo esempio da chi avrebbe più diritto di poter dire una parola su quei popoli, che noi la volontà di distruggerli.

PRÄSIDENT: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Klotz. Sie hat das Wort.

KLOTZ: Ich bin eigentlich entsetzt darüber, wie einseitig diese Thematik hier behandelt wird, wie einseitig dieses Problem angegangen wird. Wenn ich hier die Oberflächlichkeiten lese, wie z.B. im ersten Absatz der Prämissen, daß dieses Jahrhundert in der gleichen Art und Weise zu Ende geht wie es seinen Anfang genommen hat, sozusagen mit militärischen Auseinandersetzungen in den Balkanländern, die nun schon an die 20 Jahre andauern, dann muß ich sagen, daß nicht darauf eingegangen wird, daß es fortgesetzte, jahrelange Diskriminierung der Mehrheit der Bevölkerung eines Landes gibt, daß es fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen der größten Art gibt, daß es die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes gibt, daß es also die Beugung des Rechts Tag für Tag gegeben hat und nicht erst seit den Nato-Angriffen. Wennschon dann könnte man Vorwürfe all jenen machen, die jene Stimmen nicht ernst genommen haben, die bereits vor über 10 Jahren gewarnt haben, als sich die ersten Kriege in Jugoslawien abgezeichnet haben, die jene Stimmen nicht ernst genommen haben, die bereits im Bosnienkrieg gewarnt haben davor, daß der Krieg damit nicht zu Ende sein würde, sondern daß die nächsten Etappen Kosovo und möglicherweise Mazedonien sein würden und möglicherweise auch Albanien selbst. Wennschon kann man diese Vorwürfe erheben, aber nicht, daß man endlich Schluß macht damit, den fortgesetzten Greueln gegenüber der Zivilbevölkerung einfach nur zuzusehen.

Also meine Herren von der Lega, wer jemals das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Menschenrechte als Individual- wie auch Kollektivrecht in den Mund genommen hat, der darf solche Oberflächlichkeiten und solche Einseitigkeiten nicht stehen lassen. So kann man das Problem nicht diskutieren.

PRÄSIDENT: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Kury. Sie hat das Wort.

KURY: Auch ich tue mich sehr schwer, zu diesem Antrag der Lega Stellung zu nehmen, weil es auch für uns nicht so einfach ist hier zu entscheiden, was richtig ist und was falsch ist, so wie es offensichtlich die Lega imstande ist. Die Diskussion wird auch für uns deshalb schwierig, weil auf alle Fälle die Politik der Grünen sich in der Vergangenheit von zwei Prinzipien hat leiten lassen, einerseits vom Prinzip, daß man Gewalt ablehnt. Das was Herr Boso ironisch oder abschätzend Pazifismus nennt, war eines unserer Prinzipien, und ich bin stolz darauf, im Gegensatz zum Herrn Boso. Die Ablehnung der Gewalt und die Forderung, daß Politik entmilitarisiert wird, das war das eine Prinzip, aber parallel dazu das andere Prinzip, das genauso wichtig ist, nämlich die Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte immer und überall. Und was es so schwierig macht, zu diesem Krieg hier Stellung zu nehmen - Herr Boso, für Sie nicht, aber für uns schon, uns Grüne - ist, daß man sich hier in diesem Augenblick dafür entscheiden muß, welches Prinzip denn das wesentlichere ist. Eine Entscheidung, die eigentlich nicht getroffen werden darf, weil beide Prinzipien unverzichtbar sind.

Insofern tun sich die Grünen weniger leicht mit Lösungsvorschlägen, wie Sie sie offensichtlich aus dem Ärmel schütteln können. Wenn Sie glauben, daß Tierschutz im Gegensatz zum Menschenschutz steht, haben Sie sich offensichtlich getäuscht. Ich glaube, daß das hier eine Linie ist, nämlich Tierschutz, Menschenschutz, Naturschutz. Es ist ein gemeinsamer Strang, der nur generell und global verfolgt werden kann und ich finde es einfach unter jeder Kritik, hier das eine Prinzip gegen das andere auszuspielen.

Was es uns Grünen schwierig macht, hier klar Stellung zu nehmen, Herr Boso, im Gegensatz zu Ihnen, ist auch die Frage der Legitimität des Nato-Eingriffs, da haben Sie völlig recht. Es ist ganz sicherlich klar, daß der Nato-Eingriff, wenn man das Völkerrecht eng interpretiert, völkerrechtswidrig war, zumal die UN-Charta nur zwei Möglichkeiten zuläßt hier einzugreifen. Das ist klar, allerdings bleibt immer noch die Frage, welche Aufgabe Europa hat angesichts solcher gravierender und schrecklicher Menschenrechtsverletzungen, die nicht mit dem Nato-Eingriff begonnen haben, die aber leider Gottes durch den Nato-Eingriff eskaliert sind, das sehr wohl. Aber ich denke bei der Diskussion dieser Frage müssen wir doch auch ganz kurz auf die Vergangenheit zurückgreifen und wir können nicht einfach so tun, als ob das Problem erst seit zwei Monaten eben bestünde.

Wir müssen Versäumnisse der gesamten westlichen Politik hier eingestehen, nämlich die Wankelmütigkeit, die Zwiespältigkeit der europäischen Staaten und ich habe hier von der Lega ganz bestimmt keine andere Stellungnahme gehört einem Milosevic gegenüber, den sie immer wieder auch als Verhandlungspartner akzeptiert haben. Wir müssen die Fehler eingestehen, auch bei der Voreiligkeit der Europäischen Staaten bei der Anerkennung der

jugoslawischen Teilrepublik, ohne daß man ein Gesamtkonzept und eine Gesamtstrategie für den gesamten südosteuropäischen Raum überhaupt im Visier gehabt hatte. Hier hat man voreilig gehandelt mit der Anerkennung, ohne zu überlegen, was diese alles nach sich ziehen könnte. Ich denke, daß wir hier auf alle Fälle gemeinsam überlegen müssen, wie wir das Völkerrecht dahingehend verändern können, daß diese beiden Prinzipien - Wahrung der Menschenrechte einerseits und Gewaltmonopol der UNO andererseits - in Einklang gebracht werden können. Wir können nicht ganz einfach sagen, die einen haben recht, die anderen haben recht. Die Folgen des Eingriffs sind verheerend, ich weiß es. Leider Gottes war es so, daß die humanitäre Katastrophe nicht gelöst, sondern beschleunigt wurde und die Lage der Flüchtlinge war insofern katastrophal, weil die eingreifenden Staaten nicht an das gedacht haben, was sie hier heraufbeschwören. Allerdings habe ich von der Lega diesbezüglich eigentlich nichts gehört, nämlich keinen Hinweis darauf, daß es eigentlich unsere ureigenste Aufgabe wäre, hier in diesem Saal darüber nachzudenken was wir tun könnten, um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern. Das hätte sehr wohl einen ganz konkreten Sinn, und da würde ich ganz gerne mit den Herren der Lega diskutieren, wie sie es denn so halten z.B. mit unserer Forderung, großzügig zu sein bei den Flüchtlingen, seien es nun serbische, seien es nun albanische oder was auch immer. Großzügig zu sein bei der Aufnahme der Menschen, die aufgrund einer Situation, die sie nicht verschuldet haben, eben Haus, Hof und Heimat verlassen müssen. Allerdings denke ich, daß ich mich da auf die Hilfe und Unterstützung und Solidarität der Lega in diesem Fall nicht sehr verlassen kann, wenn es darum geht zu sagen: Schluß mit den eigenartigen Quoten, die wir uns bei der Flüchtlingsaufnahme ausgedacht haben. Ich glaube in diesem Falle hier von Quoten zu reden und zu sagen, für unser Land - Italien meine ich generell - oder für unsere reiche Region oder in unserem Fall für unsere reiche Provinz können höchstens noch 200 Flüchtlinge akzeptiert werden, weil sonst unsere Welt durcheinander kommt, ist eine Ausrede, die wir nicht gelten lassen sollten. Und da würde ich mich sehr freuen, wenn die Lega uns in diesem Kampf und in diesem Einsatz unterstützen würde.

Ich denke, daß wir diesem Beschlussantrag auf keinen Fall zustimmen können, ganz einfach weil wir auf der einen Seite sehr wohl Probleme haben mit den Nato-Eingriffen, einerseits völkerrechtlicher Natur, und zweitens weil wir sehen was sie anrichten. Andererseits ganz einfach zu sagen: Schluß damit, ohne auf ein Ziel hinzuarbeiten, ist auch keine Lösung. Und das Ziel muß ganz sicherlich folgendes sein, daß wir uns dafür einsetzen, daß die Flüchtlinge zurückkehren können, und wir müssen uns auch dafür einsetzen, daß der gesamte südosteuropäische Raum demokratisiert wird, allen voran Serbien. Und da würde ich auch gerne die Unterstützung der Lega haben, denn ohne Demokratisierung von Serbien werden wir hier im gesamten ex-jugoslawischen Szenario nicht zur Ruhe kommen. Es ist die Voraussetzung, daß Serbien Schluß macht mit einer ethnischen Säuberungspolitik wie sie im Kosovo betrieben wurde und wie ich es

auch für andere Regionen Serbiens befürchte, z.B. die Wojwodina. Auch diese Forderung denke ich muß einfließen. Insofern möchte ich hier abschließen mit der Ankündigung, daß wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen können, weil er ganz einfach undurchdacht ist, sich auf eine Seite schlägt und nicht eine Gesamtlösung für das gesamte ex-jugoslawische Territorium vorsieht.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Plotegher. Er hat das Wort.

PLOTEGHER: Su questo tema che oggi assilla tutto lo Stato con riflessi negativi, sia dal punto di vista economico, ma soprattutto dal punto di vista morale, sarebbe stata opportuna un'iniziativa per la discussione che venisse da parte della Giunta regionale, che avrebbe dovuto farsi carico di portare avanti come promotore una discussione in quest'aula, non perché certamente si possano portare da qui documenti e progetti tali da modificare la situazione, ma perché questo tema è veramente sentito nel nostro paese dalle nostre popolazioni, che prima o poi vedranno indubbiamente arrivare qua molta gente, non essendo oltretutto nelle possibilità pratiche di ospitarli; quindi va dato atto alla Lega di aver portato questo documento, che si può approvare o non approvare, ma che comunque ha il merito di portare in aula la discussione.

AN per radici proprie, non può certamente condividere iniziative che portino a trasgressioni di alleanze o a non mantenimento di patti; le alleanze vanno rispettate anche se intimamente non condivise, quindi è chiaro che noi non potremo votare questo documento. Non approviamo però, ad esempio, il comportamento dell'attivista della Margherita, che qualche giorno fa in chiesa, approfittando di un pulpito, ha bruciato un elicottero Apache; nello stesso tempo non approviamo certamente nè condividiamo - lo ha detto Boso ed aveva ragione - quei finti pacifisti, quella massa di ipocriti che fanno le marce della pace pur restando stabilmente attaccati alle poltrone di Governo, come Manconi, come Cossutta e i loro adepti.

Ma, detto questo, qualche considerazione va fatta sulla posizione oggi dell'Italia, una posizione veramente subalterna, priva di autonomia e su un tipo di guerra che è da considerarsi piuttosto un'aggressione portata avanti senza dichiarazione di guerra e condotta in modo tale da sembrare più un videogame che non una guerra vera e propria. Se gli americani per risparmiare i loro piloti sacrificano popolazioni civili, queste sono cose che indubbiamente AN con le sue tradizioni non può accettare.

Se è necessario entrare in guerra per difendere una popolazione effettivamente costretta a uscire dalla sua terra, allora si affronti una guerra vera, si faccia un intervento di terra e si corrano i rischi che corre l'avversario. Ma indubbiamente il tiro a segno contro le popolazioni civili non è una cosa che noi possiamo condividere.

Detto questo però è chiaro che quando si assumono delle alleanze di tipo militare queste vanno rispettate fino in fondo, non è possibile a metà o quando le cose si mettono male, cambiare bandiera e passare dall'altra parte, purtroppo di questo noi abbiamo avuto ampia esperienza in Italia e per la verità c'è stata anche molta gente che le alleanze le ha rispettate fino in fondo.

Quindi noi non vediamo certamente bene questa guerra, che non sentiamo affatto, però è necessario battersi perché l'Italia finalmente passi ad acquistare un ruolo politico, non abbia più quel meschino ruolo di soggetto mercantile più che soggetto politico e lo stesso discorso vale per l'Europa, dopo la sconfitta militare del '45, l'Europa è diventata solo un soggetto mercantile, è una colonia degli Stati Uniti e come tale ha affrontato questa guerra.

Quindi, ripeto e concludo, noi non possiamo votare questa mozione per evidenti legami che ci collegano col passato, con le nostre tradizioni, con i nostri convincimenti. riteniamo che sia necessario prima di tutto dare solidarietà alle nostre Forze armate impegnate in quel conflitto militare e, seppure a malincuore, dobbiamo fino in fondo sostenere l'azione portata avanti. Il mio voto personale sarà comunque di astensione.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Seppi. Er hat das Wort.

SEPPI: I colleghi della Lega Nord hanno proposto una mozione che, aldilà di alcune sfumature per le quali è inutile anche chiedere di cambiare qualcosa che magari può essere anche leggermente discutibile, è condivisibile nel suo spirito e lo è ancora di più a distanza di un mese e mezzo da quando è stata presentata. Essa diventa ancora più attuale oggi dopo che i fatti, ai quali evidentemente questa mozione faceva riferimento al 25 di marzo, non avevano creato ancora quello stato di totale annichilimento nel quale tutti siamo rimasti vedendo quanto sia cretina, stupida ed imbecille la guerra intelligente.

Allora vorrei partire dalla definizione stessa di guerra; sono convinto che la guerra oggi non si faccia coi sistemi del 1700, ma sono altrettanto convinto che per poter usare il termine guerra devono esserci due eserciti che in un modo o nell'altro si stanno combattendo, deve esserci un'invasione territoriale da parte di uno stato aggressore e deve esserci una difesa dell'altro esercito aggredito. Questo è inteso come guerra.

Vorrei sapere dove sono gli stati aggressori e dove sono - e questo lo sappiamo - gli stati aggrediti. Questa non è una guerra, noi non stiamo parlando di una guerra, qui c'è una confusione in atto a livello di mass-media, a livello di giornali, di strumentalizzazione politica, che arriva da oltreoceano, non esiste nessuna guerra, esiste solamente un esercito armato in maniera eccezionale rispetto a quelle che sono le possibilità di chi si dovrebbe difendere, un esercito che ha aggredito uno stato straniero, il quale non è in grado di difendersi, di rispondere e rimane supino ad accettare le angherie, le bombe, i morti, i supplizi

di uno stato di fatto che tutto assomiglia fuori che a una guerra. Quindi per me non è nemmeno più accettabile parlare di guerra, non lo è mai stato fin dall'inizio.

Ora può darsi benissimo che nel Kosovo succedano delle cose sconvolgenti, delle cose che hanno colpito tutti noi, può darsi benissimo che nel Kosovo ci siano delle situazioni che stanno portando avanti da anni per le quali l'intervento dell'ONU sarebbe gradito e oltremodo tardivo anche se arrivasse oggi. Riteniamo quindi che nel Kosovo ci sia immediatamente da intervenire con mezzi diplomatici, forse anche con un esercito di pace, forse anche con un esercito dell'ONU, per frenare e fermare una pulizia etnica, nella quantità e nella qualità in cui esiste è comunque tutto da verificare. Quello che non è sicuramente da verificare, perché è certo, sono le bombe sull'ambasciata cinese, sui treni carichi di persone e di semplici cittadini, sono le bombe che giungono ogni giorno a destinazione su degli obiettivi che tutto sono fuor che militari.

Allora veramente tutti noi dobbiamo fare delle serie riflessioni, sono certo che se la Serbia teoricamente dovesse rispondere in qualche modo e avesse delle possibilità di portare a casa un risultato noi saremmo sicuramente alleati con la Serbia prima che finisca la guerra, perché questo fa parte del nostro modo di intendere la guerra e questo fa parte del nostro modo di essere fedeli agli alleati, ma certamente è che questo alleanza nella NATO è un'alleanza che non si può nemmeno chiamare tale, perché è uno stato di dovere, di fatto, che ci è stato procurato dalla sconfitta nella II Guerra Mondiale per il quale noi nella NATO ci siamo, ma non è un'alleanza, perché essa significa un rapporto paritetico nel quale io accetto di mia spontanea volontà di stare o di non stare. Questo non è un rapporto paritetico, lo è puramente a livello superficiale ma nella sua più intima necessità è un rapporto di sudditanza nei confronti dell'esercito americano, perché qui non è la NATO che interviene, essa è solamente una copertura a quelli che sono gli eserciti che arrivano da oltre oceano, abituati da sempre a fare guerre in casa d'altri e non portarsele mai in casa loro.

Ora io non mi voglio sicuramente aggiungere a coloro che bruciano aerei o Apache in chiesa, non mi voglio aggiungere ai pacifisti dell'ultimo momento o ai guerrafondai pacifisti, voglio rimanere coerente perché la coerenza è un fatto politico importante ed è sempre più assente, sia a livello politico personale che di partito; quindi sono d'accordo in linea di massima con questo documento, c'è qualche sfumatura che nei suoi contenuti non è da me accettabile fino in fondo, però lo voterò perché deve arrivare un segnale preciso, importante, chiedo solamente agli estensori del documento se fosse possibile aggiungere, perché è riferito al 30 di marzo, alla voce 2 dove dice: "ad esprimere la propria totale contrarietà all'offensiva aerea iniziata nella serata del 24-3-99", io direi: "ad esprimere la propria totale contrarietà al continuare in quest'opera di aggressione sia essa aerea o sia essa destinata a trasformarsi in una guerra di terra". Quindi se aggiungete questo mi fate una cortesia, lo approvo comunque, però ritengo che allo stato attuale sia molto più completo e dia fino in fondo l'esatta dimensione del vostro proposito. Grazie.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Urzi. Ich kann ihm allerdings in der Generaldebatte nicht das Wort erteilen, weil für seine Fraktion bereits Herr Plotegher gesprochen hat. Wenn er will, kann er zur Stimmabgabeerklärung maximal fünf Minuten sprechen. Das wäre möglich. Sind weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte? Keine mehr? Möchte jemand für den Regionalausschuss das Wort ergreifen? Dies ist nicht der Fall. Dann hat der Einbringer die Möglichkeit, für die Dauer von zehn Minuten eine Replik abzugeben. Cons. Divina vuol replicare? Herr Divina, wenn Sie wollen, Sie haben die Möglichkeit der Replik. Sie haben das Wort.

DIVINA: Purtroppo tutti hanno da difendere delle posizioni più che essere puliti almeno a livello di cervello. Si può capire l'imbarazzo, prendiamo i Verdi che valgono come esempio per tutti, essi si trovano eccezionalmente al Governo italiano, eccezionalmente al Governo tedesco ed eccezionalmente si trovano in guerra, trascinati dopo le battaglie storiche che hanno fatto antimilitariste eccetera. Li posso capire che nei confronti di una guerra tentano di salvare le motivazioni assurde che i vari governi hanno assunto per poter fare un intervento.

Nel mio intervento si sono lasciate tutte le posizioni partigiane da una parte, per dare un segnale modificando chi interpreta in questo documento una difesa di parte, ipotetica che non esiste, io la rileggo e non l'ho trovata, modificando anche per arrivare a dare quantomeno un segnale di quel che non si condivide, cioè una guerra che si sta facendo pagare a delle popolazioni civili, che non hanno colore, che non hanno perpetrato danni, che hanno fatto scelleratezze, ma che si trovano a pagare lo scotto di tutto questo. Se non si vuole capire questo tanto, ma si fanno, ad ogni livello istituzionale, difese di partito, di posizione, va bene, fate le vostre difese di posizione. Lo ha detto, per esempio, il nostro collega di Unitalia, il nocciolo di fondo, stiamo parlando di guerra, stiamo parlando di intervento militare a sproposito, in quanto da sempre il diritto internazionale ha impedito a stati di interferire in questioni interne di altri stati, però questa indubbiamente sarebbe una lettura partigiana: "lasciamo che di là risolvano in casa loro i propri problemi", questo non c'è nella nostra proposta, quello che si è detto superficialità nell'affrontare l'argomento non c'è, perché se si sono tralasciate certe cose è per non dare tagli o matrici politiche al documento, il documento può essere accettato da tutti, da chi in modo sgombro di testa può essere libero di condannare quello che gli stati europei affiancati all'America stanno facendo nei Balcani, se si ha la testa sgombra da preconcetti politici, si può votare questo documento, se si è infarciti di partitismo, se si vuole difendere a tutti i costi posizioni indifendibili come quella del Governo italiano, la si può anche fare, però si fa i partigiani e si dice: "Noi per questioni di bandiera difendiamo quello che i nostri capi in altri sedi :::", magari non condividendo, perché io colleghi prendo anche il caffè volentieri con tutti voi e sento le vostre posizioni, sento quelle

ufficiali, private, in sedi non ufficiali, però qua dentro si fanno le difese di bandiera, si fanno le difese di partito, è questo che noi non approviamo, l'ipocrisia.

Volete modificarlo il documento, la Lega è pronta, condanniamo la guerra, punto e basta, non difendiamo nè serbi né croati, né albanesi, né kosovari di nessun genere, girano bombe sulla testa di popolazioni civili, che non hanno fatto nulla per meritarselo, questa è la guerra, una guerra dichiarata dallo Stato italiano insieme agli altri paesi della NATO ad un paese che tenta, nel modo anche magari barbaro, di risolvere problemi interni. Si può con altri strumenti diplomatici, nessun embargo per esempio è stato fatto, nessuna ritorsione economica prima di ricorrere alla guerra, è possibile che si parli di ritorsioni economiche a guerra avvenuta? Non si poteva far pressioni di questo tipo prima affinché qualcuno smettesse di fare certi atti che sono giudicati criminali da mezzo mondo? Nessun paese è ricorso alla Corte Internazionale contro i crimini di guerra, si poteva adire alla via internazionalmente prevista per condannare un governo che non sta rispettando la prassi internazionale? Se vogliamo fare demagogia ed ipocrisia possiamo raccontarci di tutto, questo è quello che sta avvenendo in Kosovo. Si è deciso di schierarsi a favore di una parte non volendo capire quello che stava prima, quello che sta dietro e facendo pagare alla popolazione tutta civile un grosso dramma.

Questo Consiglio può fare come fa il Governo italiano, può fare da Pilato e dire: "facciamo parte di una grande Alleanza atlantica, la quale oltreoceano ha deciso di venire a casa nostra a dichiarare guerra ad uno stato sovrano, che all'interno dei suoi confini, in modo forse non condivisibile sta regolando i propri rapporti interni, se vogliamo abbassare la serranda chiudere alle nostre meningi un po' di ossigeno e rifiutarci di ragionare con la testa di uomini liberi, lo possiamo fare, il diritto internazionale quasi quasi ci aiuta, "pacta sunt servanda" questa è la prima regola internazionale e siccome il trattato si è firmato le conseguenze dei trattati si debbono anche altrettanto rispettare. Però quel trattato è fasullo, è un trattato di mutuo aiuto in caso di aggressione, quale stato europeo aderente alla NATO è stato aggredito per far sì che tutta l'Alleanza venga in soccorso, noi non lo vediamo, non esiste, è tutta un'unica falsità e le motivazioni non ci interessano ed i fini nemmeno, perché qua peccheremmo un'altra volta di partigianeria, ognuno può vedere i fini americani che vuol vedere, o tralasciare quelli che vuol tralasciare, non ci interessano, tutto questo è stato fatto a scapito del trattato al quale apparteniamo, della Costituzione italiana che vuole che quando il Governo dichiari guerra abbia l'appoggio delle Camere, e il Parlamento nessuna delega ha dato né a D'Alema né al suo Governo per entrare in guerra.

Queste cose noi dobbiamo condannare, se riteniamo giusto e se vogliamo modificando, se si ritiene, questo documento, se si vuol continuare a perpetrare l'ipocrisia all'infinito, lo si continui, si sappiano però le cose come stanno e ognuno decida con propria coscienza, se si ritiene in coscienza di dare un segnale che non siamo d'accordo sulla via italiana presa, lo si dia, se non lo si

vuol dare, cari amici, trovate tutti il pretesto che volete per bocciare questa mozione.

PRÄSIDENT: Somit ist die Replik erfolgt. Es besteht noch die Möglichkeit der Stimmabgabeerklärung und für die Stimmabgabeerklärung ist die Wortmeldung eines Regionalratsabgeordneten pro Ratsfraktion für die Dauer von höchstens fünf Minuten zulässig. Möchte sich jemand im Rahmen der Stimmabgabeerklärung melden? Kollege Urzi meldet sich zu Wort. Bitte.

URZÍ: Sarò rapidissimo, dati i minuti che ci vengono concessi, ma una cosa chiara va detta subito, le guerre si condannano da sole. Ciò per rispondere all'affermazione del collega Divina, quindi su ciò non va spesa una ulteriore parola, va spesa invece per chiarire anche quella che è la posizione del nostro Paese all'interno di un'alleanza, "pacta sunt servanda", è stato già detto, ebbene riconfermiamo la nostra posizione su questo è estremamente chiara, sarebbe troppo comodo di volta in volta valutare se essere parte di un tutto o dissociarsi a seconda delle convenienze, ciò assomiglia troppo ad quella politica additata proprio dai rappresentanti della Lega Nord, politica di alcune forze romane, una politica da azzecagarbugli che questa volta vestono la camicia verde.

Quindi la posizione su questo pure viene confermata, è estremamente chiara, i patti devono essere mantenuti, l'Italia all'interno della NATO partecipa come parte di un tutto ad un'azione che è la reazione di fronte ai crimini di un regime criminale. Di fronte a ciò le operazioni di polizia anche di polizia internazionale sono più che giustificate e ciò si sta facendo nei Balcani.

Le telecamere sono accese in questo periodo e quindi ci mostrano le immagini drammatiche e tragiche delle conseguenze sulle popolazioni, che sono vittime dirette anche delle operazioni militare di ogni parte, così è sempre stato purtroppo nelle guerre contemporanee e così è purtroppo anche nei Balcani. Le immagini ci mostrano una popolazione vittima di questa guerra, innocente sicuramente, immagini che ci riportano lontano nel tempo a quando proprio nella parte più settentrionale dei Balcani popolazioni di etnia e di lingua italiana furono costrette, sulla spinta di eventi criminali, a dover abbandonare le proprie terre, le proprie case così come sta avvenendo oggi per la popolazione del Kosovo di lingua albanese. Questo è un pensiero che va levato anche in quest'aula, di fronte a quelle operazioni criminali non intervenne nessuno, di fronte alle operazioni criminali del governo di Milosevic deve intervenire un'alleanza solida che sappia affermare un principio che deve essere considerato universale.

Per concludere va anche sottolineato un aspetto importante, ciò non deve essere interpretato in alcun modo come un atto di censura, anche da parte nostre e sicuramente anche da parte del Governo italiano, anche se noi non possiamo interpretarne il pensiero fino in fondo, nei confronti del diritto dello Stato nazione iugoslavo che dal 1991 ad oggi ha perduto parti importanti, fondamentali del proprio territorio, partendo dalla Slovenia passando per la Croazia, finendo

alla Bosnia, alla Macedonia e che oggi è posta di fronte di nuovo ad una grande alternativa che semina dolore nella popolazione jugoslava. Quindi la nostra affermazione non è un censura nei confronti del diritto nazione, da riconoscersi anche a livello internazionale dello Stato jugoslavo che afferma sul Kosovo un proprio diritto di mantenimento della propria sovranità, un principio che fortunatamente gli ultimi eventi anche diplomatici stanno a dimostrare essere condiviso e che è una premessa utile e indispensabile affinché un clima di pace possa essere seriamente riportato un domani, anche permettendo alle popolazioni di lingua albanese del Kosovo di rientrare nelle proprie case e nel proprio territorio.

Con questo quindi AN ha concordato di doversi esprimere negativamente rispetto alla mozione presentata dalla Lega Nord.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen zur Stimmabgabeerklärung? Kollege Pöder, er hat das Wort.

PÖDER: Herr Präsident, ich verstehe nicht ganz warum Alleanza Nazionale nach dieser Wortmeldung vom Kollegen Urzi dagegen stimmt, denn der Kollege Urzi hat den Eindruck vermittelt, daß das Recht auf Souveränität auch Recht auf Unterdrückung beinhaltet. Davon müßten wir uns also nun für Südtirol schon energisch distanzieren, obwohl wir natürlich und selbstverständlich gegen diesen Antrag stimmen werden.

Ich muß schon sagen, es ist sehr sehr erstaunlich wer heute hier in diesem Saal das Gesicht der Pazifisten aufgesetzt hat. Es waren vorwiegend Abgeordnete, von denen diese Gesten und diese Aussagen wenig glaubwürdig sind und wenig Glaubwürdigkeit beweisen. Ich habe bis jetzt gewartet, um von den Antragstellern wenigstens den Ansatz einer Alternative zu hören, einer Alternative zu dem, was derzeit in Kosovo passiert. Nichts hat man gehört und das ist auch das Dilemma wahrscheinlich von uns allen, daß diese Angriffe der Nato von erschreckender Alternativlosigkeit sind. Wir können nicht für einen Krieg sein, aber wir können auch nicht für Vertreibung und Folterung sein. Diese Alternativlosigkeit hat eben zu dieser Situation geführt, ob es uns paßt oder nicht. Wir müssen ganz klar erkennen, man hat die berühmte Amselfeldrede Milosevics einfach nicht rechtzeitig ernst genommen, so wie man Hitlers „Mein Kampf“ nicht rechtzeitig ernst genommen hat. Man hat sicher sehr lange zugewartet und deshalb diese Alternativlosigkeit. Aber eines muß ich ganz offen unterstreichen: Wer diesem Antrag zustimmt, der solidarisiert sich mit Folterern, Vergewaltigern und Mördern. Wir solidarisieren uns mit den Gefolterten, mit den Vergewaltigten und den Ermordeten und stimmen deshalb natürlich gegen diesen Antrag.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen zur Stimmabgabeerklärung? Kollege Willeit, bitte.

WILLEIT: Non sono in grado di schierarmi da questa o da quella parte, ma bensì da una terza parte: quella della responsabilità di questo Consiglio che non può sottrarsi ad un giudizio e ad un invito al Governo di promuovere la pace, di sospendere le operazioni proprio per aprire la strada ad una soluzione diversa e sarebbe anche ora in quanto il danno dovrebbe bastare. L'esodo dovrebbe bastare, gli orrori e gli errori dovrebbero bastare.

Non comprendo l'assenteismo di questo Consiglio che è coinvolto alla pari del Parlamento italiano, alla pari dei parlamenti europei in ogni senso. Se un domani veramente si decidesse di invadere o di occupare il territorio potremmo essere tutti quanti toccati molto più da vicino. Dico che questo Consiglio quanto meno dovrebbe adottare una risoluzione o comunque una raccomandazione al Governo italiano e ai Governi europei. Questo Consiglio non l'ha fatto. Questo Consiglio non ha deliberato nulla, nessuna mozione, nessuna risoluzione per quanto mi consti in questo momento. Ormai sappiamo come stanno le cose. Ribadisco che i fini dell'intervento siano stati giustificati ma i mezzi erano indubbiamente ingiustificati ed inconsulti. Non si è messo in preventivo niente, nè l'esodo di centinaia di migliaia di persone, nè i bombardamenti in queste dimensioni non solo di impianti militari ma di impianti civili, le fabbriche, gli approvvigionamenti della popolazione civile, idrici ed elettrici, dai quali non è solo toccato l'esercito ma in primo luogo la popolazione ma il peggio è l'esodo della gente che reca un danno enorme che non si riesce più a rifare.

Non c'è altra soluzione che sospendere, per il momento, i bombardamenti, sospenderli e dare la possibilità all'ONU e non ad altri perché questi si sono ormai dimostrati piuttosto incapaci. Direi all'ONU di tentare una via migliore di soluzione del conflitto il quale deve comunque, a mio avviso, perseguire una soluzione duratura con la possibilità del ritorno di tutta la popolazione kosovara con l'impegno, volere o non volere questo lo sappiamo tutti, di ricostruire quanto è stato bombardato in tutta la zona.

Questo lo sapevamo fin dall'inizio dei bombardamenti; quel che si rompe si rifà e può essere rifatto con le nostre mani e con i nostri soldi.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Ich habe meine Meinung im Prinzip schon geäußert und ich hätte mich nicht mehr zu Wort gemeldet. Aber nachdem die Regionalregierung sich nicht geäußert hat, möchte ich noch eine Stellungnahme abgeben. Ich muß dazu sagen, daß ich das nicht verstehe, ich habe bei meiner ersten Stellungnahme eben gemeint, daß der Regionalrat sehr wohl etwas verabschieden sollte, natürlich nicht das, was die Lega hier fordert. Und ich hätte mir erwartet, daß sich die Regionalregierung hier schon Gedanken macht, was man der nationalen Regierung, in diesem Fall der Staatsregierung, unterbreiten kann. Ich habe darauf verwiesen, daß es doch eine Absicht gibt, zumindest zwischen Italien und Deutschland gemeinsam vorzugehen und ich hätte mir

erwartet, daß man vielleicht diese Vorgangsweise sich ein bißchen zu Gemüte führt, darüber diskutiert, was man machen will. Wenn man ab und zu den Vergleich macht Milosevic-Hitler, so kann man eines heute sicherlich nicht sagen, daß wir nicht informiert wären über das, was derzeit geschieht, was man vielleicht im nachhinein von jener Zeit teilweise noch sagen könnte. Heute kann keiner sagen, wir wissen nicht was da unten vor sich geht und deshalb so weg schauen wie wir es in diesem Moment tun, das finde ich politisch einfach fahrlässig und auch nicht zulässig. Das muß ich einfach ganz klar und deutlich sagen, und ich bin entsetzt über das Schweigen nicht der Lämmer, aber der Regionalregierung. Und in diesem Fall sind es Lämmer, das muß ich einfach sagen, das kritisiere ich ganz klar und deutlich.

Ich stimme natürlich nicht dem Antrag zu, es ist schwierig hier von Kompetenz und Nicht-Kompetenz zu reden, das weiß ich sehr wohl, aber wenn wir Zeitzeugen, direkte Zeitzeugen eines bewaffneten Konfliktes sind, der sich in nicht mehr als 300 km Entfernung von uns abspielt, dann finde ich einfach, daß kein Volksvertreter, und sei es noch so ein kleines Gremium wie es vielleicht der Regionalrat von Trentino-Südtirol sein mag, schweigen darf, denn das finde ich im tiefsten Maße unverantwortlich.

PRÄSIDENT: Gibt es noch Wortmeldungen zur Stimmabgabeerklärung? Kollege Pahl hat sich gemeldet.

PAHL: Verehrte Kollegen, ich darf Ihnen einige geschichtliche Tatsachen der letzten Jahre in Erinnerung rufen.

Im Jahre 1919 wurde der Staat Jugoslawien geschaffen, zunächst als Königreich, dann kam das Königreich unter die kommunistische Herrschaft. Im Jahre 1991 haben sich Kroatien, Slowenien und dann Bosnien im Jahre '92 für unabhängig erklärt, weil sie unter der kommunistischen Herrschaft nicht mehr leben wollten. Gegen alle drei Länder wurde Krieg geführt auf direkten Befehl Milosevics, d.h. der jugoslawischen damaligen Volksarmee. Die Folge war die Vertreibung von 2,5 Millionen aus Bosnien, von 400.000 aus Kroatien, Zehntausende Tote, Tausende von Ermordeten, Gemarterten und Hunderttausende konnten bis heute trotz Dayton-Vertrag nicht in die Heimat zurückkehren. Im Dayton-Vertrag hat der Westen es versäumt - und das erachte ich als einen außerordentlich schweren Mangel des Westens - eine eigene Autonomielösung für das Kosovo einzubeziehen. Wäre das erfolgt, so hätte Milosevic die Rücknahme der Autonomie für das Kosovo und übrigens auch für die Wojwodina wieder gutmachen müssen und es wäre nicht zu dem Krieg gekommen. Jahrelang haben unter der Regierung, de facto unter der frei gewählten Regierung Hugova, die Albaner alle Erschwernisse der serbischen Okkupation und Unterdrückung auf sich genommen und erst in den letzten zwei Jahren hat die UCK schließlich mit Widerstand reagiert.

Die serbische Akademie der Wissenschaften, das wissenschaftliche Sprachrohr Milosevics und seiner Helfer, hat schon im Jahre 1986 erklärt, daß Serbien überall dort sei wo Serben leben und die Ausarbeitung des Plans zur Vertreibung aller Albaner, etwa 1,8 Millionen, aus dem Kosovo ist etwa zehn Jahre alt. Die Haltung der Regierung Hugova wurde nicht etwa mit einem entsprechenden Verhalten der serbischen Soldateska belohnt, sondern mit dem Gegenteil, im Juni des vergangenen Jahres wurden etwa 400.000 Albaner vertrieben, ihre Dörfer zu einem Großteil niedergebrannt. Als dann in Rombouillet die Verhandlungen begannen, verhandelte Milosevic nicht in Wirklichkeit, sondern im Oktober setzte eine neue Vertreibungswelle ein, die andauerte bis in den März dieses Jahres hinein.

Der Angriff der Nato war also die Antwort auf die monatelangen vergeblichen Versuche, eine politisch annehmbare Lösung zu erreichen, außerdem wurde den Kosovaren nur eine Autonomie versprochen, nicht etwa das Selbstbestimmungsrecht. Der Einsatz der Nato ohne Bodentruppen ermöglichte es den Serben, daß die Vertreibung noch forciert wurde, aber der Plan bestand schon vorher und war voll in Gange. Die Vertreibung ist nicht nur irgendeine Vertreibung, keine Aussiedlung, sondern eine systematische Zerstörung aller Lebensgrundlagen, der Dörfer, der Städte, Morde, bestialische Vertreibungen, Errichtung von KZs. Auf dieser Grundlage kann der Eingriff der Nato nicht einfach gleich bewertet werden wie die Haltung der Serben, sondern es ist ein fundamentaler Unterschied, auch wenn natürlich der Eingriff der Nato das Problem bis jetzt nicht gelöst hat, eben weil kein westlicher Staat und natürlich auch nicht Italien bereit gewesen ist, Bodentruppen zu entsenden. Man hat nicht einmal die eigene Verteidigung der UCK mit Waffen unterstützt. Dies alles zusammengenommen hat die Nato sehr wohl berechtigt, die Eingriffe mit Bomben zu beginnen, auch wenn dies unmittelbar keine Lösung herbeigeführt hat. Aber es darf nicht daran gezweifelt werden wo hier das Recht lag, wer das Opfer und wer der Täter ist.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine mehr? Kollege Morandini, bitte.

MORANDINI: Grazie Presidente. L'argomento che in questo momento è in discussione interpella fortemente le coscienze non solamente degli uomini e delle donne della politica ma, penso, di ogni persona che abbia a cuore il lavoro per una migliore convivenza.

Prima di tutto diciamo chiaramente che di fronte alla situazione che si è andata determinando soprattutto in queste ultime settimane, si pongono grosse domande: la prima se davvero i tentativi di far passare come missioni difensive quelle nella Serbia non facciano a pugni con la logica per cui la domanda di fondo è che certe prese di posizione del Governo nazionale e, devo dire, anche di altri Governi occidentali sostanzialmente non rasentino l'ipocrisia. Vorrei ricordare a

questo proposito lo scandalo che si creò in occidente quando l'Unione Sovietica enunciò la teoria della sovranità limitata proprio per giustificare interventi armati che avevano l'unico scopo di controllare i paesi posti all'interno della sua area di influenza.

Tanto per dirla chiara sono dell'idea che l'unico motivo che possa giustificare un intervento che fuoriesca dalle regole di cui stiamo parlando sia l'intervento così detto umanitario, cioè quello diretto a salvare vite umane.

Naturalmente se l'ONU è assolutamente impotente di fronte a queste situazioni è chiaro che chi ha la possibilità di usare la forza per costringere chi abusa gravemente della propria, cessare i suoi abusi non può e non deve restare indifferente di fronte a questo eccidio perché questa indifferenza equivarrebbe a convivenza.

Da questo punto di vista è chiaro che in questa ipotesi l'intervento, oltre ad essere legittimato dal punto di vista giuridico sarebbe, a mio avviso, anche legittimato dal punto di vista morale.

La domanda di fondo che mi pongo, colleghi, e pongo anche a voi cortesemente ma convintamente: "Si può dire davvero che l'intervento della NATO nella Serbia possa considerarsi come ingerenza umanitaria?", allora cercherò di rispondere a questa domanda perché è qui, secondo me, che dobbiamo interrogarci.

Per rispondere a questa domanda faccio alcune annotazioni e considerazioni proprio di fatto. La prima che il popolo albanico-kosovaro ha sofferto molto di più dopo l'inizio dell'intervento NATO che prima. Questo è un dato di fatto che è sotto gli occhi di tutti. Che poi ci siano palleggiamenti di responsabilità che, come è stato anche recentemente riportato anche con documentazioni filmate, ci sia utilizzo da parte di certi contingenti di soldati serbi di questi albanico-kosovari come scudi umani e quindi dall'altra parte ci siano i così detti errori che poi errori non sono, questo è pur vero comunque il dato di fatto è, e questo secondo me, deve interessare è che il popolo albanico-kosovaro ha sofferto molto di più dopo l'inizio del conflitto dell'intervento NATO che prima. Va detto che prima operazioni serbe contro gli albanico-kosovari avevano causato eccidi e anche esodi di profughi. Penso che li abbiamo tutti davanti ai nostri occhi e non sono memorie molto lontane però bisogna anche dire che non si trattava di eventi così grandi come quelli di queste settimane, di questi due mesi che abbiamo visto come reazione all'intervento della NATO.

Va anche detto, seconda considerazione, che ufficialmente l'intervento della NATO è stato motivato non dal crescendo di eccidi ai cui ho fatto poc'anzi riferimento ma è stato motivato dal rifiuto della Serbia di firmare gli accordi di Rambouillet, quindi l'intervento della NATO ufficialmente è stato motivato non dal fatto che stavano crescendo paurosamente gli eccidi da parte dei serbi, ma dal fatto che la Serbia si era rifiutata di firmare gli accordi di Rambouillet. Questo, secondo me, e rispondo, per quanto mi riguarda, alla domanda, dice che non

siamo di fronte ad una ingerenza umanitaria che solo giustificerebbe l'intervento armato che abbiamo davanti.

Qualcuno potrà dire che non è facile calcolare le reazioni della Serbia perché se si fossero calcolate meglio ci si sarebbe accorti che la dose di intervento armato necessaria per sottomettere la Serbia evidentemente doveva essere maggiore di quella prevista, questo fa parte delle strategie militari. Non me ne intendo di queste cose e preferisco non intendermene. Quindi si deve lasciare il tempo, qualcuno dice, per continuare l'azione avviata fin quando avrà raggiunto i suoi scopi.

Si deve pur sempre stabilire una proporzione fra la quantità di violenza impiegata e il risultato raggiunto. Oggi, questa proporzione, è assolutamente inesistente, anzi è fortemente sproporzionato questo.

Dico anche che prima dell'intervento NATO era possibile risolvere questa questione sul modello altoatesino, cioè riconoscere nella difesa di tutti i gruppi etnici un'ampia autonomia a ciascuno di essi, evidentemente adesso, effettuato l'intervento, non è possibile.

Concludo dicendo che disapprovando questo modo di andare a perpetrare il conflitto chiedendo la sospensione degli armamenti e soprattutto facendo riferimento al fatto che chi ha parlato di guerra giusta probabilmente sta ingannando qualcuno perché di guerra giusta non si può parlare e non solamente per i disastrosi effetti che oggi portano certe armi, e lo sappiamo bene, ma anche perché ormai evidentemente bisogna invece andare su altri versanti, potenziare forze sovranazionali che siano in grado di andare a pensare a sanzioni di altro tipo che possano indurre a ma non evidentemente ricorrere a questo intervento che, mi pare, dovrebbe essere sicuramente lasciato in disparte. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ja, die Kollegin Klotz zur Stimmabgabeerklärung.

KLOTZ: Zur Geschäftsordnung. Wir haben gemäß Geschäftsordnung in der Generaldebatte einmal als Fraktion das Wort ergriffen und dann in der Stimmabgabeerklärung. Nun Herr Präsident, ich wäre in diesem Falle auch für Großzügigkeit, nur die Geschäftsordnung sieht eines ganz klar vor, im Art. 117: „Für die Stimmabgabeerklärung ist die Wortmeldung eines Regionalratsabgeordneten jeder Fraktion für die Dauer von höchstens fünf Minuten zulässig. Auf jeden Fall ist eine Stimmabgabeerklärung zulässig, die von den Erklärungen des eigenen Fraktionsvorsitzenden abweichen“. Deswegen möchte ich die Kolleginnen und Kollegen ersuchen, wenn Sie von diesem Artikel Gebrauch machen, uns auch deutlich zu sagen, ob jetzt beispielsweise die Stellungnahme Morandini abweicht von der seines Fraktionskollegen Leitner, denn sonst hätte diese doppelte Stimmabgabeerklärung nicht sein dürfen.

PRÄSIDENT: Frau Kollegin Klotz, ich muß Sie darauf hinweisen, daß der Kollege Morandini nicht in derselben Fraktion ist wie der Kollege Leitner.

KLOTZ: Wer gehört dann zur Fraktion von Pius Leitner?

PRÄSIDENT: Muraro

KLOTZ: Danke sehr, ich entschuldige mich für diesen Irrtum, ich war überzeugt, Pius Leitner und Morandini seien in derselben Fraktion. Dann entschuldige ich mich dafür.

PRÄSIDENT: Alles in Ordnung. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Stimmabgabeerklärung. Ja, Kollege Seppi.

SEPP: Vorrei assolutamente prendere la parola perché gli interventi dei miei colleghi mi obbligano ad una presa d'atto e ad una ulteriore considerazione.

Sono convinto che su argomenti come questo, come sottolineato dal collega Willeit, non possono e non sono accettabili strumentalizzazioni di parte come non sono accettabili giochi a rimpiattino tra maggioranza ed opposizione con dialettiche che possono essere utili alla politica e alle questioni di tutti i giorni ma non sicuramente onorano un dibattito su argomenti di questa importanza.

Il mondo non si divide in guerrafondai o pacifisti. Non necessariamente si possono strumentalmente classificare le opinioni della gente suddividendole in due categorie ben distinte. Non sono assolutamente un pacifista nel senso estremo del termine, ma non sono conseguentemente nemmeno un guerrafondaio. Ritengo che possono esserci delle situazioni in cui esiste la necessità dell'uso della forza. Ritengo però che quando l'uso della forza porta alle conseguenze che stiamo vedendo ogni giorno e ad un affluirsi giorno per giorno sia per i residenti serbi sia per i cittadini della Jugoslavia sia per i profughi del Kosovo che stavano, come giustamente dice il collega Morandini, molto meglio prima dell'intervento della NATO allora, a questo punto, delle serie riflessioni vanno fatte perché non ci troviamo assolutamente di fronte ad una guerra ma ci troviamo sicuramente di fronte ad un'aggressione.

Non penso che tutti coloro che si pongono seriamente la questione e che, sollecitati anche dal collega Willeit a dire la loro e a portare in questa assemblea un messaggio a Roma, debbano, se sono contrari all'intervento della NATO o al proseguimento dell'intervento da parte della NATO, schierarsi con Milosevic. Non accetto questo tipo di provocazione. Non è assolutamente vero che chi è contrario, a questo punto, a proseguire in un'aggressione ingiustificata è o può essere accreditabile come tifoso del tiranno Milosevic. Non è assolutamente vero perché il quadro della situazione per uscire dalle strumentalizzazioni di parte non è quello di un tiranno ma è quello di due

popolazioni, una in fuga, centinaia di migliaia di persone che abbandonano la loro terra, l'altra mitragliata, bombardata, uccisa ogni giorno da altre bombe di altra marca, di altri aerei. Queste sono le due realtà che dobbiamo osservare non pensare di coprirci la coscienza dal fatto che uno sia un tiranno, dal fatto che uno vada fermato e conseguentemente giustificare che l'uccisione di cittadini serbi possa avere una giusta motivazione perché questa è una bestemmia.

Bisogna cercare l'equa distanza dalle parti, bisogna capire, fino in fondo, che non è più accettabile che per creare giustizia al mondo ammesso e non concesso che esista un'istituzione, che esista uno stato, che esista una somma di stati in grado di fare giustizia perché su questo ho anche seri dubbi ma ammesso che esista per fare giustizia non devono più servire le bombe e le armi. In estreme situazioni possono essere anche giustificate ma queste situazioni non sono quelle che si riscontrano oggi nella Jugoslavia.

Ritengo importante avere chiarito questi concetti, per lo meno per quanto riguarda il mio punto di vista; non sono assolutamente schierabile con il tiranno Milosevic ma non posso non accettare, anche se modificabile in alcuni punti, comunque il messaggio fatto dalla Lega Nord, casualmente dalla Lega Nord, fosse stato fatto da Rifondazione comunista o dai Popolari, dallo SVP lo approvarei in pieno, perché questo messaggio deve essere portato avanti. Non è più possibile che la giustizia si faccia con le bombe, non è più possibile pensare che non esistono altri mezzi. Siamo certi che questi mezzi esistono ma siamo altrettanto certi che deve alzarsi la nostra voce dal Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige come deve alzarsi la voce delle altre regioni italiane per mandare al Governo un messaggio chiaro, non il messaggio del pacifista rimbambito che tutti conosciamo il quale pensa che la pace debba essere assolutamente dappertutto un dato di fatto imperscrutabile, un dato di fatto assoluto ma come persone che hanno coscienza che la giustizia si ottiene cercando altre strade. Queste strade possono essere praticate, allora dobbiamo immediatamente mandare questo messaggio perché vogliamo che vengano scrutate fino in fondo tutte le possibilità affinché non si abbiano più morti nello stato jugoslavo. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es noch Stimmabgabeerklärungen? Kollege Di Puppo hat das Wort.

DI PUPPO: Questo dibattito, che si è svolto in forme molto corrette e molto pertinenti, ha messo in luce una percezione ampiamente condivisa circa una posizione non più sostenibile senza che siano avviate iniziative perché il dialogo si riprenda.

Credo che questo dibattito non si possa concludere con la semplice bocciatura della mozione e senza la presentazione di un documento della Giunta regionale che consenta a tutte le parti di concorrere con il proprio voto, con la propria proposta, ad esprimere un parere in merito da parte di questo consesso

che ha radici profonde legate con la vicenda di quella terra, perché più a noi che ad altri è chiesta la testimonianza di un'affermazione forte per la pace non certo una pace fatta di astrattezza che non tiene conto delle realtà sul terreno, ma di una pace che in questo momento, ancora più che in altri, deve essere una costante delazione politica di qualsiasi consesso democratico.

E' stato detto con chiare parole come qualsiasi intervento che intenda ristabilire condizioni di pace, condizioni di libertà e democrazia deve avere carattere proporzionato all'obbiettivo che si prefigge. Con parole chiave è stato sottolineato dal collega Morandini, che mi ha preceduto, e cioè con il superamento di questa soglia di proporzionalità. E' stato detto con estrema chiarezza anche dal collega Willeit come si avverta l'imbarazzo in questo momento nel proseguire ad occhi chiusi in un'azione che davvero crea forti difficoltà anche a chi, al primo momento, aveva ritenuto ormai necessario fermare questa pulizia etnica che ormai da tempo si stava perpetrando nei confronti delle minoranze non solo albanesi del Kosovo.

Credo che sia atteso da noi, dalla nostra gente che una posizione la si assuma e che sia un'altra volta la posizione dell'affermazione della pace come obbiettivo, come raggiungimento di un obbiettivo che si è alimentato con il dialogo anche se, qualche volta, per imporre il dialogo vi è la necessità dell'uso di mezzi più forti ma questi devono essere commisurati all'obbiettivo, riproporzionati.

In questo momento sappiamo che c'è un'iniziativa del nostro Governo in questa direzione, un'iniziativa che impropriamente il segretario della NATO si è permesso di giudicare non essendo dato a questo organo il compito della valutazione politica ma questa rimane agli stati associati. Credo che la solidarietà, in qualche misura letta nell'incontro di Bari tra il cancelliere tedesco e il Presidente del Consiglio italiano, sia il segnale di un'attenzione diversa che tra i partner della NATO si va alimentando. Sappiamo che se questo patto verso la riapertura del dialogo non si compie, è già pronto un altro passo già dichiarato cioè l'idea che si debbano preparare forze di terra per un'escalation quando invece il nostro obbiettivo è quello di ricondurre alla ragionevolezza non solo chi governa ma anche chi, in questo momento, dirige le iniziative della NATO.

Per cui l'invito che rivolgo, signor Presidente, se non ancora oggi ma magari nella giornata di domani, è che si arrivi a proporre un documento aperto perché davvero riesca a far sintesi in fondo di sentimenti e valutazioni che in buona parte sembrano essere convergenti rispetto alla finalità di pace. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Zendron und dann die Präsidentin des Regionalausschusses Cogo.

ZENDRON: Grazie signor Presidente. Credo che si debba partire facendo una considerazione cioè di riconoscere ai proponenti di questa mozione, ora non vedo nessuno dei proponenti in aula, il merito di avere posto il problema.

E' una questione alla quale non si possono sottrarre le istituzioni democratiche e, anche se abbiamo iniziato in un modo che non condivido cioè proponendo la questione cercando di distribuire le colpe agli altri, credo comunque che sia importante che ne parliamo.

Non condivido il contenuto della mozione presentata, per le ragioni che sono state esposte dalla mia collega; devo dire che credo sia emerso in questo dibattito il fatto che tutte le persone al di là delle loro scelte, dentro e fuori da quest'aula, sentono profondamente la sofferenza e un senso di colpa per quello che sta succedendo e soprattutto per quello che riguarda me, ad esempio, è perché mi rendo conto dell'insufficienza, dell'incapacità di non aver saputo sviluppare alternative pacifiche per difendere le persone che subiscono una repressione come questa che noi stiamo vedendo.

Tuttavia credo che in questo momento, dopo una fase in cui era più difficile rispondere a coloro che difendevano la guerra, perché era una guerra etica, giusta, dettata da ragioni morali, credo che tutti si rendano conto, lo vediamo anche nell'evoluzione di quelle che sono le posizioni degli osservatori e di coloro che direttamente sono responsabili in prima persona della scelta della guerra, credo che tutti comprendano in questo momento il fallimento di questo intervento che non ha saputo sentire quello che era il vero obiettivo, cioè quello di tutelare le popolazioni del Kosovo e questo non è successo; è stata peggiorata la situazione.

Ripeto che non credo sia opportuno riprendere una discussione fra le ragioni della guerra e le ragioni della pace però credo che sia importante che il Consiglio regionale si esprima chiedendo che in questo momento le armi tacciano, che dopo tante rovine si arrivi ad un momento, almeno ad un armistizio cosa che è sempre avvenuta nella storia. Rileggevo il libro di un famoso storico inglese che faceva osservare come fino alla seconda guerra mondiale, compresa la prima, le guerre non finivano con la resa incondizionata. La resa incondizionata e lo sterminio totale dell'avversario è iniziato con la seconda guerra mondiale mentre precedentemente tutto finiva con un armistizio. Ad un certo momento i belligeranti si fermavano per non distruggere tutto.

Non so quale sia la cosa giusta ma credo che siamo in questo momento un po' condizionati da questa mentalità della seconda guerra mondiale che è finita con una resa incondizionata e quindi l'annientamento totale di una delle due parti. Poiché le ragioni e soprattutto le responsabilità delle popolazioni qui sono diverse e le sofferenze sono distribuite.

Credo sia importante se chiediamo che le armi tacciano, che si provino tutte le vie di pace e della democrazia che sono due cose unite, non esiste la pace senza la democrazia. L'abbiamo visto in questi dieci anni quando abbiamo ignorato totalmente quelle che erano le richieste di aiuto e di intervento dei democratici del Kosovo ed abbiamo aspettato che si prendessero le armi e ci fosse la violenza per reagire e credo che nella nostra posizione si debba anche rinnovare l'impegno per i profughi con la richiesta di una maggiore generosità

nell'accoglienza temporanea e comunque non solamente nel momento in cui è organizzata.

Per questo sono d'accordo con la richiesta del cons. Di Puppo, non è possibile cambiare il testo e presentare un emendamento con il Presidente assente, chiedo ai proponenti di completare questo loro merito che hanno avuto nel proporre questo problema, ritirando questa mozione e permettendo che il Consiglio regionale arrivi nella prossima seduta di giugno o addirittura domani approfittando della vostra iniziativa per permettere al Consiglio regionale una posizione che sia da tutti condivisa e che mi auguro contenga i punti che ho appena esposto e che mi sembra siano quelli che sono dalla maggior parte di noi condivisi, al di là delle differenze che poi ognuno guarda in particolare.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich die Präsidentin des Regionalaussschusses. Sie hat das Wort.

COGO: Desidero precisare che non condivido questa mozione, che nella premessa manca di un qualunque riferimento alle cause che hanno portato a questa guerra delle forze NATO contro la Serbia, come se fosse ininfluente il perché tutti gli stati che generalmente non hanno nelle loro costituzioni l'abolire la guerra e non il volerla, decidessero così, senza motivi, di bombardare in maniera così pesante uno Stato a noi così vicino.

Era da anni che Milosevic aveva dichiarato guerra al Kosovo. Direi che per troppo tempo si è guardato senza intervenire fin tanto che la situazione è degenerata.

In Consiglio provinciale a Trento abbiamo discusso cinque ore su questa questione, ed anche in Consiglio provinciale a Bolzano mi pare abbiate discusso una mozione analoga o sbaglio?

Non è pensabile rivedere gli accordi internazionali come si sottolinea nella vostra mozione, non si cita minimamente il problema dei profughi, c'è sì questa condanna alla guerra, onestamente devo dire che ci vedo una strumentalizzazione in tutta la mozione perché sono d'accordo nel condannare comunque gli interventi armati, è chiaro che questa guerra a questo punto, anche se definita una guerra umanitaria, di umanitario alla fine ha ben poco, però credo che i patti stabiliti vadano rispettati, bisogna dire una cosa che l'Italia si è distinta fra tutti gli stati membri come aiuti continui, costanti ed anche sostanziosi nei riguardi dei profughi e il Governo D'Alema e il nostro primo ministro, si sono distinti anche per aver cercato la via della politica a quella delle armi.

Ciò non toglie che è bene che il Consiglio regionale esprima una propria opinione su questi fatti così devastanti di condanna e la ricerca, sostanzialmente, di una via alternativa alle armi che a questo punto si fa veramente urgente e quindi invito i consiglieri che hanno presentato questa mozione, i consiglieri della Lega Nord di consentire alla maggioranza di ritirare la

loro mozione e di proporre un documento aperto in grado di cercare alternative alle armi e di esprimere la propria opinione sui conflitti armati.

Magari, nella stessa giornata di domani, potremmo poi approvare questo documento modificato nelle premesse e anche nel deliberato.

PRÄSIDENT: Danke. Es ist der Antrag an die Vertreter der Lega gestellt worden, ob sie bereit wären, den Beschlussantrag zurückzuziehen oder zumindest auszusetzen und zu versuchen, bis morgen mit der Mehrheit eine Einigung zu finden. Ich frage jetzt die Vertreter der Lega, ob sie damit einverstanden sind. Die Vertreter der Lega sind nicht einverstanden. Weitere Wortmeldungen zur Stimmabgabeerklärung? Wenn nicht, sind die Stimmabgabeerklärungen abgeschlossen und wir stimmen über diesen Beschlussantrag ab. Wer also mit diesem Beschlussantrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Favorevoli? Contrari? Astenuti?

Der Beschlussantrag ist mit zwei Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Wir gehen jetzt weiter und kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 8): **„Beschlussfassungsvorschlag Nr. 3: Erneuerung des Antrags an den Regionalrat, den Regionalausschuss zu ermächtigen, von der Volksbefragung in bezug auf den Antrag auf Änderung der Gebietsabgrenzungen der Gemeinden Campitello di Fassa und Canazei abzusehen“**, eingebracht vom Regionalausschuss. Die Vorgangsweise ist genau wie bei den Beschlußanträgen im Artikel 117 der Geschäftsordnung geregelt. Ich verlese nun den Beschlussfassungsvorschlag:

Der Regionalrat der Region Trentino-Südtirol;

Nach Einsicht in den Beschluß Nr. 348 vom 26. März 1999, mit dem der Regionalausschuss gemäß Artikel 48 Absatz 2 des Dekretes des Präsidenten des Regionalausschusses vom 27. Februar 1995, Nr. 4/L den Regionalrat erneut um die Ermächtigung ersucht, von der Volksbefragung für die Wähler der Gemeinden Campitello di Fassa und Canazei abzusehen. Diese beziehen sich auf den Antrag der Bürgermeister der genannten Gemeinden auf Abänderung der Gemeindeabgrenzungen entsprechend den technischen Unterlagen, die den Beschlüssen Nr. 35 vom 25. November 1996 und Nr. 44 vom 28. November 1996 der Gemeinderäte von Campitello di Fassa und Canazei beiliegen, und zwar nachdem festgestellt und überprüft wurde, daß sich auf dem von der genannten Änderung betroffenen Gebiet keine Siedlungen befinden;

Nach Einsicht in das positive Gutachten, das der Landesausschuss von Trient am 6. März 1994 mit Beschluß Nr. 1974 im Zusammenhang mit dem obgenannten Antrag abgegeben hat;

Nach Feststellung der Tatsache, daß aufgrund des Ergebnisses der von den Gemeinderäten von Campitello di Fassa und Canazei getroffenen

Entscheidungen die Voraussetzungen bestehen, nach denen der Regionalrat im Sinne des Art. 2 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 1978, Nr. 5 und des Art. 1 des D.P.R. vom 15. Juli 1988, Nr. 296 von der Abhaltung der Volksbefragung für die Wähler der zwei betroffenen Gemeinden absehen kann, da in bezug auf den Vorschlag für die Änderung der jeweiligen Gebietsabgrenzungen die vorgeschriebene qualifizierte Mehrheit erreicht wurde (mindestens drei Viertel der zugewiesenen Gemeinderatsmitglieder) und da festgestellt wurde, daß sich auf dem von der genannten Änderung betroffenen Gebiet keine Siedlungen befinden;

Festgestellt, daß der Regionalrat den infolge des Beschlusses des Regionalausschusses Nr. 429 vom 9. April 1998 auf Antrag des Regionalausschusses am 24. April 1998 eingebrachten Beschlussfassungsvorschlag Nr. 44/XI, der denselben Antrag zum Gegenstand hatte, nicht vor Ende der Gesetzgebungsperiode behandelt hat;

Hervorgehoben, daß die vom Regionalausschuss vorgebrachten Begründungen für die Fortsetzung des Verfahrensweges zwecks Abänderung der Gebietsabgrenzungen der beiden Gemeinden geteilt werden können;

Nach Einsicht in das Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 27. Februar 1995, Nr. 4/L betreffend den Einheitstext der Regionalgesetze über die Gemeindeordnung;

Nach Einsicht in das Regionalgesetz vom 18. Februar 1978, Nr. 5;

Nach Einsicht in den Artikel 7 des Dekretes des Präsidenten des Republik vom 31. August 1972, Nr. 670;

Nach Einsicht in den Artikel 31 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 1. Februar 1973, Nr. 49, geändert mit Artikel 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 15. Juli 1988, Nr. 296;

mit gesetzmäßig zum Ausdruck gebrachter Stimmen.....

b e s c h l i e ß t

den Regionalausschuss im Sinne und für die Wirkungen des Art. 2 des Regionalgesetzes vom 18. Februar 1978, Nr. 5 und des Art. 31 des Dekretes des Präsidenten des Republik vom 1. Februar 1973, Nr. 49, wie durch Art. 1 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 15. Juli 1988, Nr. 296 geändert, zu ermächtigen, von der Abhaltung der Volksbefragung für die Wähler der Gemeinden Campitello di Fassa und Canazei abzusehen.

Jemand vom Regionalausschuss hat jetzt die Möglichkeit, den Beschlussfassungsvorschlag zu erläutern, und zwar stehen ihm 15 Minuten zur Verfügung. Vuol parlare la Presidente? Ha la possibilità die parlare per 15 minuti.

COGO: Questa era una richiesta già inoltrata al Consiglio regionale, ma non aveva dato il parere entro la scadenza quindi era necessario ripresentarla. Si tratta di una modifica di segnare diversamente il confine tra due comuni, Campitello di Fassa e Canazei. Entrambe i due consigli comunali hanno espresso un parere favorevole con una maggioranza qualificata perché era dei tre quarti dei

due consigli comunali quindi, in questi casi, quando si approvano delle modifiche territoriali con una maggioranza qualificata si può non procedere con il referendum popolare per approvare o meno la modifica dei confini perché altrimenti una modifica territoriale dei comuni deve passare attraverso il referendum popolare.

Questo è uno di quei casi in cui è possibile soprassedere e prendere atto. Sostanzialmente il Consiglio regionale approva che non si debba procedere ad una consultazione popolare per la modifica di questi confini e quindi questi vengono modificati così come i due consigli comunali hanno liberamente deciso a maggioranza dei tre quarti dei consiglieri assegnati ai due comuni.

PRÄSIDENT: Danke, dann eröffne ich die Generaldebatte. Wer meldet sich zu Wort? So wie bei den Beschlußanträgen kann pro Ratsfraktion ein Abgeordneter für maximal 10 Minuten das Wort ergreifen. Wer meldet sich zu Wort? Niemand? Dann ist die Generaldebatte abgeschlossen. Die Replik erübrigt sich somit auch. Möchte jemand im Rahmen der Stimmabgabeerklärung für die Dauer von fünf Minuten das Wort ergreifen? Die Kollegin Klotz? Bitte.

KLOTZ: Es werden die Artikel und die Gesetze zitiert, aufgrund welcher der Regionalausschuss von der Volksbefragung absehen kann. Nachdem wir aber grundsätzlich direkte demokratische Maßnahmen und direkte demokratische Schritte unterstützt haben, sind wir auch in diesem Fall dagegen, daß diese direkten demokratischen Maßnahmen unterbunden werden. Wir unterstützen diesbezüglich den Antrag auf Volksbefragung eben aus grundsätzlichen Überlegungen, auch wenn formaljuridisch die Regionalregierung im Recht sein wird. Aber wir haben uns von jeher dafür eingesetzt, daß diesbezüglich - auch wenn es sich auch nur um Gebietsabgrenzungen geht - direkt demokratische Schritte zunehmend eben aufgenommen werden in die Entscheidungsfindung in jeder Hinsicht.

PRÄSIDENT: Möchte noch jemand für die Stimmabgabeerklärung das Wort ergreifen? Niemand mehr? Dann ist die Stimmabgabeerklärung abgeschlossen. Ich weise noch darauf hin, daß es die absolute Mehrheit braucht, damit der Beschlussfassungsvorschlag durchgeht, also 36 Ja-Stimmen. Ich verlese den entsprechenden Artikel der Durchführungsbestimmungen, und zwar den Art. 31: „Für die Wirkungen des Artikels 7 des Statutes wird die betroffene Bevölkerung angehört, indem die in den Wählerlisten des Gemeinden, deren Abgrenzung und Benennung geändert wird, eingetragenen Wähler nach Vorschriften, die mit Regionalgesetz festzusetzen sind, in einer Volksbefragung befragt werden. Sprechen sich die Gemeinderäte der Gemeinden, deren Gemeindeabgrenzung geändert werden soll, mit der Mehrheit von drei Vierteln der der Gemeinde zugeteilten Gemeinderatsmitglieder für die Änderung der Gebietsabgrenzungen aus, so kann der Regionalrat mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der der Region zugeteilten Abgeordneten beschließen, daß an der Volksbefragung nur die

Wähler der Fraktion, die um Erhebung zur selbständigen Gemeinde angesucht hat oder jenes Gebietsteiles, der von einer Gemeinde übergehen soll, teilnehmen. Keine Volksbefragung wird abgehalten, wenn der Regionalrat aufgrund der Verfahrensakten der Ansicht ist, daß der Antrag einer Fraktion auf Errichtung zur selbständigen Gemeinde auf keinen Fall angenommen werden kann, weil die örtlichen Verhältnisse dem entgegenstehen oder weil die neuen Gemeinden keine ausreichenden Mittel zur Versorgung der öffentlichen Dienste besitzen. Ebenso kann bei einem Vorschlag auf Umbenennung der Gemeinde von der Volksbefragung abgesehen werden, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 2 zutreffen.“

Letzteres ist hier ja nicht der Fall. Wir stimmen also darüber ab. Es braucht die absolute Mehrheit, wenn dieser Beschlussfassungsvorschlag durchgehen soll, d.h. 36 Ja-Stimmen. Wir stimmen jetzt also ab. Wer mit diesem Beschlussfassungsvorschlag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Favorevoli? Bitte zählen. Gegenstimmen? Contrari? Astenuti? 1 Enthaltung. Mit 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung und 36 Ja-Stimmen ist der Beschlussfassungsvorschlag durchgegangen und genehmigt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 9), zum **Gesetzentwurf Nr. 2: „Ergänzende Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der autonomen Region Trentino-Südtirol“**, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Kury und Zendron. Ich ersuche die Ersteinbringerin um Verlesung des Begleitberichtes. Frau Kollegin Kury, Sie haben das Wort.

KURY: Bericht zum Gesetzentwurf: „Ergänzende Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der autonomen Region Trentino-Südtirol“. Der Regionalrat hat mit dem Gesetz Nr. 2 vom 26. Februar 1995 neue Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der Autonomen Region Trentino-Südtirol erlassen.

Dieses Gesetz sieht vor, daß die wirtschaftliche Behandlung sowie die Vorsorge und Fürsorge der Regionalratsabgeordneten mit bestimmten Einschränkungen an jene der Parlamentsabgeordneten gekoppelt werden. D.h. daß Änderungen der Bezüge der Parlamentarier eine verhältnismäßige Angleichung der Bezüge der Regionalratsabgeordneten automatisch nach sich ziehen.

Dieser Mechanismus ist ungerechtfertigt. Grundsätzlich kann es auch annehmbar sein, daß die wirtschaftliche Behandlung in einer bestimmten Relation mit jener der Parlamentsabgeordneten gesehen wird, nicht annehmbar ist hingegen der Automatismus, mit dem jede Änderung bei den Bezügen der Parlamentarier sich auch auf die Regionalratsabgeordneten auswirkt. Dies wird

unmittelbar einsichtig beim Posten der Tagegelder, der für die Abgeordneten in Rom klarerweise eine ganz andere Funktion und Bedeutung hat.

Die Bezüge von Berufspolitikern sind immer eine heikle Sache und werden in der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der Regionalrat tut sicher gut daran, wenn er in dieser Angelegenheit nicht fremdbestimmt ist, sondern seine Eigenverantwortung zurückerlangt.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß der Automatismus, der die Bezüge der Regionalratsabgeordneten an jene der Parlamentarier koppelt, aufgehoben wird. Änderungen in der wirtschaftlichen Behandlung der Regionalratsabgeordneten sollen in Zukunft mit eigenem Beschluß des Regionalrats autonom vorgenommen werden, wobei die vom Regionalgesetz vom 26. Februar 1995 Nr. 2 vorgesehenen Höchstlimits nicht überschritten noch rückwirkende Ablaufzeiten vorgesehen werden dürfen.

PRÄSIDENT: Danke vielmals. Der Gesetzentwurf wurde am 9. April 1999 in der 1. Gesetzgebungskommission beraten. Ich ersuche den Präsidenten der zuständigen Kommission um die Verlesung des entsprechenden Berichtes.

DENICOLÒ: Die 1. Gesetzgebungskommission hat den Gesetzentwurf Nr. 2 betreffend „Ergänzende Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der autonomen Region Trentino-Südtirol“ in der Sitzung vom 9. April 1999 beraten.

Die Kommissionsmitglieder sprachen sich mehrheitlich gegen eine erneute Überprüfung dieses Sachbereichs aus, um politische Spekulationen zu verhindern. Verschiedene Abgeordnete hoben hervor, daß bereits in der Vergangenheit das Problem der Aufwandsentschädigung als Wahlkampfthema verwendet worden war.

Außerdem wurde es als wenig angemessen betrachtet, den Regionalrat zu zwingen, regelmäßig über die Höhe der eigenen Entschädigungen befinden zu müssen, und es wurde hervorgehoben, daß das Fehlen von Bezugspunkten und genauen Parametern zu großen Schwierigkeiten führt, so wie dies bei anderen Organismen der Fall ist.

Der vorgebrachte Vorschlag, daß der Regionalrat zu Beginn jeder Gesetzgebungsperiode die Aufwandsentschädigung festsetzen sollte, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es immer schwer, wenn nicht sogar unmöglich ist, die Bezüge der Politiker festzusetzen, vor allem wenn man berücksichtigt, daß in unserer Region im Gegensatz zu anderen Regionen das doppelte Mandat besteht. Anwendbar wäre der Vorschlag nur, wenn man z.B. das Modell Englands übernehmen würde, wo jedem Mandatar das in seinem Beruf bezogene Gehalt zuerkannt wird, welches um eine Mindestentschädigung zwecks Deckung der höheren, sich aus der Ausübung des politischen Mandats ergebenden Ausgaben angehoben wird. Dies würde jedoch eine umfassende Überarbeitung der derzeitigen Bestimmungen erfordern, was von verschiedenen

Kommissionsmitgliedern auch als notwendig erachtet wurde, auch wenn dafür unterschiedliche Argumente und Begründungen vorgebracht wurden.

Um politischen Spekulationen vorzubeugen, wurde der Vorschlag unterbreitet, jegliche Beschlußfassung dem Fraktionssprecherkollergium vorzubehalten, damit im Plenum keinerlei Debatte abgehalten werden muß. Aber auch dieser Vorschlag erhielt nicht die geforderte Zustimmung; abgelehnt wurden außerdem die Änderungsanträge, mit denen in Zukunft die derzeitigen Leibrenten hätten abgeschafft werden sollen.

Zum Abschluß der Debatte bekräftigte die Erstunterzeichnerin des Gesetzentwurfes, die Abg. Kury, die im Rahmen der Erläuterung eingenommene Haltung, daß der Gesetzentwurf von drei wesentlichen Aspekten ausgeht, die die Transparenz, die Bekräftigung der eigenen Autonomie und die Verantwortung eines demokratisch gewählten Rates gegenüber den Wählern betreffen. Abg. Kury verwies darauf, daß mit dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen wird, daß der Regionalrat über den Wert der eigenen Tätigkeit zu befinden hat, sondern lediglich, daß er autonom über zukünftige Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen entscheiden sollte und somit ein sichtbares Zeichen setzt, daß er willens ist, einen so delikaten Sachbereich selbst zu regeln.

Die Kommission hat den Gesetzentwurf schließlich abgelehnt. Dafür hatten sich die Abg. Kury, Gnechi und Morandini, dagegen die Abg. Cristofolini, Denicolò, Perego, Seppi, Taverna und Willeit ausgesprochen, während sich die Abg. Divina, Pürgstaller und Thaler-Zelger der Stimme enthielten.

PRÄSIDENT: Danke. Nachdem der Gesetzentwurf nur aus einem Artikel besteht, wäre an und für sich vorgesehen, daß die Generaldebatte gleichzeitig zum Artikel 1 stattfindet und dann mit einer Abstimmung insgesamt der Gesetzentwurf angenommen oder abgelehnt wird. Nachdem aber jetzt eine Abänderung bereits eingebracht worden ist, ist dieser Weg nicht mehr möglich, so daß wir eine Generaldebatte jetzt eröffnen und dann über den Übergang zur Sachdebatte - der Änderungsantrag wird jetzt verteilt - abstimmen und dann stimmen wir über die Abänderungen zu Art. 1 und schließlich über den gesamten Artikel 1 ab. Das wäre also die Vorgangsweise, nur damit Sie sich auch entsprechend verhalten können. Somit ist also die Generaldebatte eröffnet. Wer meldet sich zu Wort? Zuerst hat jedoch zur Erläuterung die Ersteinbringerin Christina Kury das Wort.

KURY: Da sind Schwierigkeiten bei der allgemeinen Erläuterung, da ich die Änderungsanträge gerade erst ausgehändigt bekommen habe und eigentlich nicht weiß, was sie beinhalten. Ich würde Sie ganz einfach ersuchen, daß wir die Debatte und auch die Erläuterung auf morgen vertagen, weil wir jetzt nur mehr 20 Minuten Zeit haben.

PRÄSIDENT: Ich denke Sie haben recht, die Abänderung ist auch erst um 17.10 Uhr eingebracht worden. Es liegt also nicht an uns, daß sie erst jetzt ausgeteilt

werden konnte, sie ist erst eingebracht worden, aber ich denke, daß Sie recht haben. Somit schließe ich jetzt die Sitzung und wir finden uns morgen hier wieder um 10.00 Uhr für die Regionalratssitzung ein. Somit ist die heutige Sitzung geschlossen.

(ore 17.40)

INDICE

Adempimenti conseguenti alla accettazione delle dimissioni del consigliere Migliucci

pag. 2

Designazione di due Consiglieri regionali, uno dei quali appartenente alla minoranza, per il Comitato consultivo previsto dall'articolo 4 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 "Interventi a favore di popolazioni di stati extracomunitari colpiti da eventi bellici, calamitosi o in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali", come modificato dall'articolo 4 della legge regionale 29 novembre 1996, n. 5.

pag. 3

Designazione dei rappresentanti del Consiglio regionale, quali membri delle Commissioni paritetiche (Commissione dei dodici e dei sei) per le norme di attuazione dello Statuto speciale

pag. 5

Mozione n. 2, presentata dai Consiglieri regionali Divina, Bertolini e Boso, concernente gli interventi militari contro la Federazione jugoslava

pag. 34

Proposta di delibera n. 3:

INHALTSANGABE

Obliegenheiten, denen aufgrund der Annahme des Rücktritts des Abgeordneten Migliucci nachgekommen werden muß

Seite 2

Namhaftmachung von zwei Regionalratsabgeordneten - von denen einer der Minderheit angehören muß - für das regionale Beratungskomitee gemäß dem mit Artikel 4 des Regionalgesetzes vom 29. November 1996, Nr. 5 abgeänderten Artikel 4 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 betreffend „Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden“

Seite 3

Namhaftmachung der Vertreter des Regionalrates in den paritätischen Kommissionen (12er und 6er Kommission) für die Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatuts

Seite 5

Beschlußantrag Nr. 2, eingereicht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Bertolini und Boso betreffend die Militäraktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien

Seite 34

Rinnovo della richiesta al Consiglio regionale di autorizzare la Giunta regionale a non indire il referendum consultivo in relazione alla domanda di modifica delle circoscrizioni territoriali dei Comuni di Campitello di Fassa e Canazei

pag. 64

Disegno di legge n. 2:

Norme integrative in materia di indennità e previdenza dei Consiglieri della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (presentato dalle Consigliere regionali Kury e Zendron)

pag. 67

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 3:

Erneuerung des Antrags an den Regionalrat, den Regionalausschuß zu ermächtigen, von der Volksbefragung in bezug auf den Antrag auf Änderung der Gebietsabgrenzungen der Gemeinden Campitello di Fassa und Canazei abzusehen

Seite 64

Gesetzentwurf Nr. 2:

Ergänzende Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der autonomen Region Trentino-Südtirol (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Kury und Zendron)

Seite 67

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

LO SCIUTO Antonino (FORZA ITALIA - LISTA CIVICA - CCD)	pag.	2
DENICOLO' Herbert Georg (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	3-6-68
TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	3-5-7
CONCI-VICINI Paola (IL CENTRO)	"	6-14
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	6-29-52
ZENDRON Alessandra (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	6-61
LEITNER Pius (LISTA DINI - RINNOVAMENTO ITALIANO/DIE FREIHEITLICHEN)	"	9-38-54
PEREGO Maurizio (FORZA ITALIA - LISTA CIVICA - CCD)	"	10
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	12-51
BOSO Erminio Enzo (LEGA NORD TRENTINO PER L'INDIPENDENZA DELLA PADANIA)	"	15-41
SEPPI Donato (GRUPPO MISTO)	"	18-47-59
MINNITI Mauro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	20
WILLEIT Carlo (LADINS - AUTONOMIA INTEGRALE F.A.R.)	"	22-53

DIVINA Sergio (LEGA NORD TRENINO PER L'INDIPENDENZA DELLA PADANIA)	"	23-34-49
MORANDINI Pino (IL CENTRO)	"	25-56
HOLZMANN Giorgio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	28
PLOTEGHER Pier Giorgio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	31-46
KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	43-58-66
KURY Cristina Anna (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	44-67-70
PAHL Franz (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	55
DI PUPPO Michele (POPOLARI - ALTO ADIGE DOMANI)	"	60
COGO Margherita (DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA)	"	63-65